

Freie
Demokraten
FDP

**Sachsen-Anhalt.
Machen wir
was draus.**

Wahlprogramm der
Freien Demokraten zur Landtagswahl 2016

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32

Sachsen-Inhalt. Machen wir was draus!

Inhalt

1. Arbeit, von der man gut leben kann	4
Kleine Weltmeisterfirmen gründen	4
Eine deutliche Verbesserung der Förderung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten der mittelständischen Wirtschaft.	5
Konzentration der staatlichen Mittel auf Wissenschaft und Forschung.	5
Die Förderung der Technologien, bei denen Sachsen-Anhalt führend ist.	5
Die Schaffung eines innovationsfreundlichen Klimas.	6
Eine neue Gründer- und Unternehmerkultur- Sachsen-Anhalt: Umdenken im Kopf.	6
Wirtschaftsunterricht in die Schulen	7
Mehr Gründergeist in die Universitäten.	7
Steuer-, Abgaben- und Berichtslast für Gründer reduzieren.	7
Effiziente und schlanke Förderung von Unternehmensgründungen.	8
Lernprozess statt Eingeständnis des Scheiterns – Insolvenzrecht reformieren.	8
Für einen starken Mittelstand: keine neuen Belastungen, weg mit dem Mindestlohn- Monster.	8
Schluss mit überflüssigen Staatsausgaben, Abschaffung der Landesenergieagentur.	9
Abschaffung des Vergabegesetzes.	9
Weg mit dem Mindestlohn.	9
Weg mit dem Wassercent und dem kommunalen Wirtschaftsgesetz.	9
Wirklicher Bürokratieabbau, Abschaffung der GEZ-Pflicht für Unternehmen.	9
Keine neuen Steuern und Abgaben.	10
Dezentralisierung der öffentlichen Verwaltung.	10
Für eine effiziente Wirtschaftsförderung: Mehr Engagement für Ansiedlungen und Investitionen.	11
Nachhaltige und effiziente Investitionsförderung.	11
Konzentration der Wirtschaftsförderung auf forschungsintensive Branchen und Branchen mit hoher Wertschöpfung	11
Dornröschen wachküssen	12

1	Infrastruktur, die beschleunigt.....	14
2	Zügiger Ausbau des schnellen Internets.	16
3	Schnelle Fertigstellung der A14 Nordverlängerung und der A 143 Westumfahrung Halle.	
4	17
5	Bau des Saale-Seitenkanals.	17
6	Mehr Engagement für den Flughafen Leipzig-Halle.....	17
7	Zukunft im ländlichen Raum – den Wandel selbst gestalten.....	18
8	Hohe Energiekosten gefährden unseren Wohlstand.....	19
9	Abschaffung der Stromsteuer.	19
10	Keine Diskriminierung von Energieträgern wie z.B. der Braunkohle aus ideologischen	
11	Gründen.....	19
12	1.b. Unsere Ressourcen schützen: Umweltschutz	20
13	2. Schlauer sein als alle Anderen.....	22
14	Gern in die Schule gehen.....	22
15	Jeden Tag dazu lernen.....	23
16	Kindergarten.....	24
17	Grundschulbereich	26
18	Weiterführende Schulen	26
19	Inklusion	27
20	Zukunftsorientierte Bildung	27
21	Berufsbildung	28
22	Weiterbildung.....	28
23	Hochschulbereich	28
24	Lehrerausbildung.....	29
25	3. Wohlstand in Sicherheit genießen	29
26	Polizisten, die uns helfen.....	29
27	Gerichte, die schnell handeln.....	30
28	4. Sachsen-Anhalt machen wir Bürger	32
29	Starke Kommunen brauchen ausreichende finanzielle Rahmenbedingungen.....	34
30	Wer eine Leistung anordnet, hat sie auch zu bezahlen.	34
31	Starke Kommunen brauchen Gestaltungsfreiheit.....	35
32	Unsere Willkommenskultur heißt Grundgesetz.....	36
33	Kulturland Sachsen-Anhalt	40

1 **1. Arbeit, von der man gut leben kann**

2 Unser Land hat viele tolle Unternehmen. Sie bieten gute Arbeitsplätze, aber wir Freien De-
3 mokraten wollen noch mehr. Wir wollen mehr Unternehmensansiedlungen, mehr Unter-
4 nehmenwachstum und mehr gut bezahlte Arbeitsplätze. Dass unser Land eine der höchsten
5 Arbeitslosenzahlen und sehr niedrige Netto-Verdienste aufweist, ist Ausdruck der geschei-
6 terten Wirtschaftspolitik der Regierung Haseloff. 0% Wirtschaftswachstum und damit Platz
7 16 von 16 Bundesländern ist das Ergebnis von zehn Jahren Schwarz-Rot. Es ist Ausdruck ei-
8 ner gescheiterten Wirtschaftspolitik, die mit Maßnahmen wie höherer Grunderwerbsteuer,
9 dem Wassercent, der Landesenergieagentur, dem kommunalen Vergabegesetz und viel Bü-
10 rokratie der wirtschaftlichen Entwicklung neue Fesseln anlegt – statt ihr Flügel zu verleihen.
11 Wir wollen mit guten Rahmenbedingungen noch mehr Produktionsstätten und zukünftig
12 auch Forschungsbereiche und Firmenzentralen Stück für Stück in unsere Heimat ziehen. Als
13 Freie Demokraten setzen wir uns dafür ein, dass unternehmerische Entscheidungen hier bei
14 uns getroffen werden. Wir wollen wieder das Land der Forscher, Tüftler und Entwickler_wer-
15 den. Sachsen-Anhalt soll zur Modellregion für Unternehmenswachstum und Bürokratieab-
16 bau werden. Wir wollen die wirtschaftliche Freiheit erhöhen. Dazu müssen unsere Unter-
17 nehmen, auch aus etablierten Branchen wie der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft, vor
18 wachsender Bürokratie geschützt werden. Das bietet Aufstiegschancen im Land – es bietet
19 Karrieren in mehr und mehr Branchen. Es bietet Arbeit, von der die Menschen gut leben
20 können.

21

22 **Kleine Weltmeisterfirmen gründen**

23 Wir freuen uns über jedes Unternehmen, das zu uns kommt. Aber wir warten nicht darauf,
24 dass große Konzerne ihre Zentralen nach Arendsee, Köthen oder Zeitz verlegen. Wer warten
25 will, hat genug andere Angebote in der Politik. Wir legen los. Wir Sachsen-Anhalter wollen
26 kleine Weltmeisterfirmen gründen! Diese Startups brauchen keine Formulare, sie brauchen
27 Freiheit für ihre Geschäftsidee. Unser Ziel ist es, dass man in Sachsen-Anhalt **innerhalb von**
28 **48 Stunden seine eigene Firma gründen** kann. Unser Ziel ist es, dass Startups in den **ersten**
29 **zwei Jahren von allen unnötigen Befragungen, Dokumentationspflichten und Zwangsmit-**
30 **gliedschaften ausgenommen** werden. Die fleißigen, mutigen und intelligenten Köpfe in un-
31 serer Heimat brauchen diese zwei Jahre, um ihre Geschäftsidee zum Laufen zu bringen, be-

1 vor die deutsche Bürokratie – mit all ihrer Gründlichkeit – zuschlägt. Ein neues Unternehmen
2 soll sich zuerst ausschließlich auf seine Gründung und seinen Markteintritt konzentrieren
3 können und nicht im Wust der Vorschriften ersticken.

4 Wer möglichst viele kreative und risikobereite Startup-Unternehmer für unser Land gewin-
5 nen will, benötigt eine positive Gründungsstimmung: Eine hilfsbereite Verwaltung und einen
6 wachsenden Markt für Risikokapital. Eine Beteiligungsgesellschaft des Landes, die dazu bei-
7 trägt, die Finanzprobleme innovativer Startups zu lösen, brauchen wir auch in Zukunft.

8 Unser Ziel ist es, dass ein neues Unternehmen sich trauen kann, zuerst einen Ingenieur, De-
9 signer oder Informatiker einzustellen, statt eines Steuerberaters und eines Justiziers.

10

11 Die FDP Sachsen-Anhalt fordert deshalb:

12 **Eine deutliche Verbesserung der Förderung von Forschungs- und Entwicklungs-**
13 **projekten der mittelständischen Wirtschaft.**

14 Im überwiegend mittelständisch geprägten produzierenden Gewerbe von Sachsen-Anhalt
15 liegen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung deutlich unter dem gesamtdeutschen
16 Niveau. Die staatliche Förderung von Projekten der Forschung und Entwicklung muss des-
17 halb ebenso deutlich verbessert werden wie die Förderung externer gemeinnütziger Indust-
18 rieforschungseinrichtungen, die im Bereich der Hochtechnologien ein breites Kompetenzfeld
19 anbieten und als Dienstleister für die mittelständische Privatwirtschaft zur Verfügung ste-
20 hen.

21 **Konzentration der staatlichen Mittel auf Wissenschaft und Forschung.**

22 Eine zentrale Rolle für die Innovationsentwicklung eines Landes spielen die Hochschulen und
23 außeruniversitären Forschungseinrichtungen als Schnittstellen zwischen Wissenschaft und
24 Wirtschaft. Angesichts des niedrigen Niveaus an Innovationen war es ein schwerer Fehler
25 der schwarz-roten Landesregierung, die Mittel für die Hochschulen nach der Rasenmäher-
26 Methode zu kürzen. Wer ausgerechnet in innovationsorientierten Bereichen wie den Hoch-
27 schulen Mittel kürzt, braucht sich nicht zu wundern, wenn der Schrumpfungsprozess der
28 Bevölkerung des Landes voranschreitet. Wer will, dass die Bevölkerung von Sachsen-Anhalt
29 wieder wächst, muss die staatlichen Mittel – statt für soziale Wohltaten – viel stärker für
30 Wissenschaft und Forschung einsetzen!

31

32 **Die Förderung der Technologien, bei denen Sachsen-Anhalt führend ist.**

33 Ein Schwerpunkt der Forschungsförderung müssen jene innovativen Technologien sein, bei
34 denen Sachsen-Anhalt eine führende Position einnimmt. Dazu gehört in dem Land, das sich
35 zutreffend „Wiege der deutschen Pflanzenzucht“ nennt, insbesondere die Biotechnologie

1 einschließlich der Grünen Gentechnik. Die von der Nationalen Akademie der Wissenschaften
2 „Leopoldina“ und führenden Wissenschaftlern in Sachsen-Anhalt immer wieder erhobene
3 Forderung nach einer Förderung der Grünen Gentechnik wurde in den letzten Jahren durch
4 das Abwürgen der Biotechnologie-Offensive der früheren Landesregierung konterkariert.
5 Sachsen-Anhalt muss im Bereich der Biotechnologie unverzüglich wieder auf einen wissen-
6 schaftsorientierten Weg zurückkehren! Wir lehnen jegliche ideologischen Hürden in der Wis-
7 senschaft und Forschung ab.

9 **Die Schaffung eines innovationsfreundlichen Klimas.**

10 Wer möglichst viele Forscher und innovative Unternehmer ins Land holen möchte, um mög-
11 lichst viele gut bezahlte Arbeitsplätze entstehen zu lassen, muss ein Klima der Innovations-
12 freundlichkeit schaffen. Dies bedeutet: Forscher und Unternehmer, die innovative Produkte
13 und Verfahren entwickeln und anwenden wollen, müssen wissen, dass sie in Sachsen-Anhalt
14 schneller als in jedem anderen Bundesland mit einer Förderung rechnen können. Als Land
15 der Tüftler und Entwickler neuer Produkte und Verfahren muss Sachsen-Anhalt damit einen
16 Weg gehen, der diese Region in früheren Zeiten stark gemacht hat. Andere Regionen
17 Deutschlands und der Welt haben diesen Weg in den letzten Jahrzehnten mit großem Erfolg
18 beschritten. Sachsen-Anhalt kann das auch. Es muss zu einem Musterland für Innovationen
19 werden!

20 Ein Hochlohnland wie Deutschland kann sich im internationalen Wettbewerb nur behaup-
21 ten, wenn seine Unternehmen Spitzenprodukte entwickeln. Die Innovationskraft eines Bun-
22 deslandes entscheidet deshalb in hohem Maße über seine wirtschaftlichen Perspektiven und
23 damit seine Attraktivität für qualifizierte Arbeitskräfte. Nach dem Innovationsindex 2014 des
24 Statistischen Landesamtes von Baden-Württemberg für alle 80 Regionen in der EU liegt das
25 Land Sachsen-Anhalt, was die Beschäftigten in industriellen Hochtechnologie- und wissensin-
26 tensiven Dienstleistungsbranchen sowie die Patentanmeldungen anbetrifft, nach allen ande-
27 ren Ländern der Bundesrepublik auf dem letzten Platz. In keinem Aufgabenbereich der Lan-
28 desregierung ist ihr Versagen offenkundiger und für die weitere Landesentwicklung kata-
29 strophaler als im Bereich der Innovationspolitik. Ein Politikwechsel ist überfällig.

30 **Eine neue Gründer- und Unternehmerkultur- Sachsen-Anhalt: Umdenken im Kopf**

31 Sachsen-Anhalt zum gründerfreundlichsten Bundesland zu machen, ist eine Herausforde-
32 rung, die wir nur erfolgreich stemmen, wenn wir die politische wie gesellschaftliche Kultur
33 und die Denkweise grundlegend ändern, die momentan das Unternehmerbild bestimmt. Wo
34 Firmen, Unternehmen und den hinter ihnen stehenden Menschen ein grundlegendes Miss-
35 trauen entgegengebracht wird; wo Risikobereitschaft, Mut und Optimismus nicht anerkannt,
36 sondern bestraft werden; wo das Ziel, Wohlstand und Reichtum zu erschaffen als vermeint-
37 lich unmoralisch gilt; wo in Schulbüchern der Unternehmer als zigarrenrauchender, dickbäu-
38 chiger Ausbeuter dargestellt wird, kann keine gründerfreundliche Atmosphäre entstehen.
39 Ein Umdenken ist deshalb – vor allem bei politischen Verantwortungsträgern – dringend

1 erforderlich. Nicht Beamte und Gesetzgeber sorgen für Wohlstand und Wachstum, sondern
2 kreative Menschen mit neuen Ideen, die bereit sind, in diese zu investieren und auf ihre ei-
3 genen Fähigkeiten zu vertrauen. Die Freien Demokraten wollen diesen Gründergeist fördern
4 und zurück nach Sachsen-Anhalt bringen. Schaffen wir gemeinsam die Rahmenbedingungen,
5 dass unser Land das Land der Startups wird.

7 **Wirtschaftsunterricht in die Schulen**

8 Das Fach Wirtschaft führt bislang in öffentlichen Schulen ein Schattendasein. Die Freien De-
9 mokraten wollen das ändern. Wir sind der Meinung, dass das Verständnis von grundlegen-
10 den wirtschaftlichen Zusammenhängen zu einer guten Bildung genauso dazugehört wie
11 Deutsch oder Mathematik. Deshalb wollen wir den Wirtschaftsunterricht verbindlich für alle
12 Schulen im Land ab Klasse sieben einführen. Ziel soll es sein, dass alle Schulabsolventen ein
13 prinzipielles Verständnis von betriebs- und volkswirtschaftlichen Grundlagen, den verschie-
14 denen ökonomischen Denkschulen wie Monetarismus, Keynesianismus, Neoklassik oder
15 Österreicheische Schule, aber auch praktischen steuerrechtlichen oder vertragsrechtlichen
16 Fragestellungen nachweisen können

18 **Mehr Gründergeist in die Universitäten.**

19 Unsere Universitäten haben in den letzten Jahren in Sachen Gründerkultur und -förderung
20 einiges aufgeholt. So existieren bereits verschiedenste Projekte, Vereine und Arbeitsgemein-
21 schaften, die gründungswillige Studenten auf ihrem Weg unterstützen und Knowhow oder
22 Netzwerke bereitstellen. Trotzdem bleiben Potentiale und Synergien ungenutzt. Unser Ziel
23 ist es, universitäre Projekte besser mit den Industrie- und Handelskammern und den Einrich-
24 tungen der Wirtschaftsförderung – wie beispielsweise der Förderbank – zu vernetzen. Wir
25 wollen dafür sorgen, dass auch das Land Sachsen-Anhalt als Träger der Universitäten seiner
26 Verantwortung gerecht wird: Studenten, die während ihres Studiums den Schritt zur Firmen-
27 oder Existenzgründung wagen, sollen unbürokratisch Urlaubssemester oder zusätzliche Leis-
28 tungspunkte für ihr Studium erhalten können.

30 **Steuer-, Abgaben- und Berichtslast für Gründer reduzieren.**

31 Das deutsche Steuer- und Abgabenrecht trifft neu gegründete Firmen ab der ersten Minute
32 ihrer Existenz grundsätzlich mit seiner vollen Belastungshöhe und allen seinen sonstigen
33 Pflichten. Es behandelt ein Startup-Unternehmen im ersten Jahr seines Bestehens im Grund-
34 satz nicht anders, als die alteingesessene Aktiengesellschaft. Wir Freien Demokraten halten
35 das für falsch. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Unternehmen in den
36 ersten beiden Jahren ihres Bestehens lediglich reduzierte Sozialabgaben zu leisten haben
37 und unabhängig von ihrer Rechtsform von der Gewerbesteuer befreit sind. Darüber hinaus
38 wollen wir erreichen, dass kleine Kapitalgesellschaften ebenso wie Personengesellschaften

1 oder Einzelkaufleute den Gewerbesteuerfreibetrag nutzen können. Die umfangreichen Be-
2 richtspflichten gegenüber den Behörden und den Kammern bedeuten einen hohen bürokrati-
3 schen und somit kostenintensiven Aufwand für Gründer. Wir setzen uns dafür ein, dass die
4 Berichtspflichten für Gründer in den ersten drei Jahren auf ein Minimum reduziert werden

6 **Effiziente und schlanke Förderung von Unternehmensgründungen.**

7 Die Freien Demokraten wollen bürokratische Hürden bei der Wirtschaftsförderung abbauen.
8 Wir stellen uns in diesem Zusammenhang eine zentrale Stelle als Ansprechpartnerin für alle
9 Belange im Zusammenhang mit einer Unternehmensgründung vor. Verfahren sollen dort
10 gebündelt werden, sodass potentielle Interessenten im „One-Stop-Shop-Verfahren“ von den
11 Angeboten Gebrauch machen können. Darüber hinaus soll die landeseigene Förderbank
12 moderne und zinsgünstige Startup-Kredite für Unternehmensneugründungen in Sachsen-
13 Anhalt anbieten.

15 **Lernprozess statt Eingeständnis des Scheiterns – Insolvenzrecht reformieren.**

16 Das deutsche Insolvenzrecht ist trotz seiner Reformen in den letzten Jahren von seiner
17 grundlegenden Ausrichtung her mutlos und konservativ geblieben. Wir wollen das ändern.
18 Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass eine Kultur der zweiten Chance Ein-
19 zug in die Insolvenzordnung hält. Wer mit einer Geschäftsidee nicht erfolgreich war, soll
20 nicht länger als Gescheiterter stigmatisiert werden, sondern das Insolvenzverfahren vielmehr
21 als eine Art Lernprozess begreifen können. Zukünftig soll die Sanierung einer insolventen
22 Firma Vorrang vor ihrer Abwicklung haben.

24 **Für einen starken Mittelstand: keine neuen Belastungen, weg mit dem Mindest- 25 lohn-Monster.**

26 Mit Blick auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer setzen sich die Freien Demokraten be-
27 reits jetzt dafür ein, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um Beruf und Familie
28 besser miteinander zu vereinbaren. Wir wollen einen Schritt weiter gehen und vor allem
29 Frauen dabei helfen, Unternehmen und Familie besser zu vereinbaren. Frauen, die in der
30 gesetzlichen Krankenversicherung familienversichert sind und sich nach einer Baby- oder
31 Erziehungspause dazu entschließen, fortan als Unternehmerin, bzw. Kleinunternehmerin
32 tätig zu sein, trifft häufig die s. g. „395-Euro-Falle“. Konkret bedeutet das, dass sie den vollen
33 Beitrag zur GKV – nämlich 360 Euro – bezahlen müssen, solange und soweit ihr monatlicher
34 Verdienst 395 Euro übersteigt. Diese Ungerechtigkeit und Ungleichbehandlung wollen wir
35 abschaffen und stattdessen durch eine faire Bemessungsgrenze ersetzen – etwa eine pro-
36 portionale Belastung zum Einkommen.

Schluss mit überflüssigen Staatsausgaben, Abschaffung der Landesenergieagentur.

Ein Paradebeispiel ist die von der schwarz-roten Landesregierung geschaffene Landesenergieagentur, die nur zur Versorgung von SPD-Genossen errichtet worden ist. Diese Einrichtung muss umgehend wieder abgeschafft werden. Auch die aufwändige, millionenschwere Betreuungsregelung für Kinder, deren Eltern arbeitslos sind, darf keinen Bestand haben. Es ist zumutbar, dass arbeitslose Eltern sich halbtags selbst um ihre Kinder kümmern – oder wahlweise die Kosten für die zusätzlichen Betreuungsstunden selbst zahlen. Das hier ausgegebene Geld fehlt an unseren Schulen und Hochschulen.

Abschaffung des Vergabegesetzes.

Schluss mit den staatlichen Eingriffen in das Vergaberecht. Das Vergabegesetz des Landes Sachsen-Anhalt mit seinen zahlreichen Reglementierungen muss ersatzlos gestrichen werden.

Weg mit dem Mindestlohn.

Interventionen des Gesetzgebers in das Tarifvertragsrecht und die Tarifautonomie durch staatlich festgelegte Mindestlöhne müssen in Zukunft unterbleiben. Solche bundesweiten Einheitslöhne werden den unterschiedlichen regionalen und branchenbezogenen Realitäten nicht gerecht und gefährden in Sachsen-Anhalt mittelständische Unternehmen und deren Arbeitsplätze.

Weg mit dem Wassercent und dem kommunalen Wirtschaftsgesetz.

Der Wassercent als Länderabgabe benachteiligt einseitig heimische Unternehmen die wie z.B. Gemüsebauern viel Wasser verbrauchen. Einen wirklichen Grund für diese Abgabe ist nicht ersichtlich. Das Steueraufkommen ist vergleichsweise gering. Der bürokratische Aufwand durch unendliche Ausnahmetatbestände hoch. Der Staat sollte sich aus der Wirtschaft raushalten. Dass Kommunen den heimischen Wirtschafts- und Handwerksbetrieben wieder mit eigenen Betrieben Konkurrenz machen dürfen hat die große Koalition per Gesetz wieder eingeführt. Selbstbedienung und Kungelwirtschaft werden wieder Tor und Tür geöffnet. Gemeinderäte sind als Aufsichtsorgane überfordert. Das wirtschaftliche Risiko tragen letztlich der Steuerzahler und die im Wettbewerb stehenden heimischen Wirtschaftsbetriebe.

Wirklicher Bürokratieabbau, Abschaffung der GEZ-Pflicht für Unternehmen.

Der bürokratische Aufwand gerade für kleine und mittlere Unternehmen ist enorm und nimmt mit jedem neu eingeführten Gesetz zu. Die Wirtschaftsverbände sprechen derzeit von „Schmerzgrenze“. Daher fordern wir neugegründete Unternehmen mit bis zu fünf Mitarbei-

1 tern innerhalb der ersten fünf Jahre sowie Unternehmen, die keine entsprechenden Emp-
2 fangsgeräte vorhalten, von allen diesbezüglichen Regelungen auszunehmen.

3

4 **Keine neuen Steuern und Abgaben.**

5 Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt darf der Einführung neuer Steuern und Abgaben,
6 z.B. der Einführung einer Maut auf Bundesstraßen, nicht zustimmen. Ist eine solche Abgabe
7 erst einmal eingeführt, wird sie über kurz oder lang alle Autofahrer und Betriebe treffen.

8 Warnendes Beispiel ist der „Solidaritätszuschlag“. Kaum ist das eigentlich angestrebte Ziel
9 der Abgabe erreicht, wollen schwarz-rote Regierungen die Abgabe für andere Zwecke fort-
10 bestehen lassen. Ist die Maut erst einmal eingeführt, wird sie in wenigen Jahren alle Auto-
11 fahrer zusätzlich belasten.

12 So wichtig für unser Land eine starke Industrie ist, so ist und bleibt doch der Mittelstand das
13 Rückgrat unserer regionalen Volkswirtschaft. Die Politik der Haseloff-Regierung ist von Miss-
14 trauen gegenüber dem Mittelstand geprägt und belastet die wirtschaftliche Entwicklung des
15 Landes. Gesetze, Einrichtungen sowie neue Regulierungen, Steuern und Abgaben, die nie-
16 mand braucht und den Mittelstand in seiner wirtschaftlichen Tätigkeit hindert und deren
17 Existenz bedroht, gehören abgeschafft. Dieser wirtschaftlichen Abwärtsentwicklung muss
18 Einhalt geboten werden.

19 Für die Lösung des Arbeitskräfteproblems: Erarbeitung eines Konzeptes zur Integration von
20 ausländischen Fachkräften, vor allem auch der ausländischen Studierenden und Schaffung
21 lokaler Initiativen zu deren Umsetzung.

22 Jedes Jahr kommen junge Menschen zum Studium in unser Land, aus anderen deutschen
23 Bundesländern, aus der EU, aber auch aus aller Welt. Die zögerlichen Ansätze zu einer Will-
24 kommenskultur wie die von CDU und SPD, genügen nicht, um ihnen eine Perspektive in
25 Sachsen-Anhalt über das Studium hinaus zu eröffnen. Zumal sie mit einer Überbetonung der
26 Rückholung von abgewanderten Sachsen-Anhaltern ständig konterkariert werden. Junge
27 Menschen, egal woher, die zum Studium kommen, müssen frühzeitig aktiv integriert wer-
28 den. Dazu bedarf es lokaler Initiativen der Unternehmen, Verbände und Vereine gemeinsam
29 mit der öffentlichen Hand, die ihnen genauso wie jungen Fachkräften in Handwerk und In-
30 dustrie die Chance eröffnen, sich in unseren Städten und Gemeinden heimisch zu fühlen.

31

32 **Dezentralisierung der öffentlichen Verwaltung.**

33 In Sachsen-Anhalt führt die Konzentration der öffentlichen Verwaltung auf zwei/drei Städte
34 zunehmend zum Wettbewerb um Arbeitskräfte zwischen Privatwirtschaft und öffentlicher
35 Hand. Die Landesverwaltung sollte deshalb, wo dies inhaltlich sinnvoll ist, Standorte in der
36 Landesfläche erhalten oder bei Strukturveränderungen präferieren. Dies entzerrt den Wett-
37 bewerb zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft.

1 Es ist davon auszugehen, dass Deutschland und auch Sachsen-Anhalt in Zukunft eine niedrige
2 Arbeitslosenquote haben werden und in Folge dessen Fachkräftemangel. Dies zeigt sich be-
3 reits jetzt etwa in den wirtschaftsstarken Regionen Deutschlands. Menschen werden noch
4 verstärkt an Standorte ziehen, an denen sie möglichst attraktive Arbeitsplätze finden.
5 Gleichzeitig wird die Chance, Arbeitskräfte zu finden für Standortentscheidungen von Unter-
6 nehmen deutlich an Priorität gewinnen. Es gilt deshalb in den kommenden Jahren sowohl
7 die in Sachsen-Anhalt vorhandenen Arbeitskräfte zu mobilisieren und ausländische Arbeits-
8 kräfte für Sachsen-Anhalt zu gewinnen.

9

10 **Für eine effiziente Wirtschaftsförderung: Mehr Engagement für Ansiedlungen und** 11 **Investitionen.**

12 Die Landesregierung hat ihre Aktivitäten der Wirtschaftsförderung fast vollständig einge-
13 stellt. Investitionstätigkeiten und Neuansiedlungen finden in Sachsen-Anhalt kaum noch
14 statt. Die Investitions- und Marketinggesellschaft muss sich wieder auf ihre Kernaufgabe, das
15 Ansiedlungsgeschäft, konzentrieren.

16

17 **Nachhaltige und effiziente Investitionsförderung.**

18 Im Sinne der Nachhaltigkeit der Förderung und der effizienten Verwendung von Steuergel-
19 dern bei der Förderung von Unternehmen der Wirtschaft ist eine weitere Rückführung der
20 Instrumente der verlorenen Zuschüsse in Richtung rückzahlbarer Darlehen, revolvingender
21 Fonds, Bürgschaften und Beteiligungen vorzunehmen. Das Fördergeschäft ist noch stärker
22 bei der Investitionsbank zusammenzuführen.

23

24

25 **Konzentration der Wirtschaftsförderung auf forschungsintensive Branchen und** 26 **Branchen mit hoher Wertschöpfung**

27 Förderschwerpunkte sollen auf innovative und wertschöpfungsintensive Branchen kon-
28 zentriert werden. Dies ist gemeinsam mit den vorhandenen Fördermöglichkeiten für Unter-
29 nehmerserweiterungen und Ansiedlungen zu nutzen, um hochwertige Arbeitsplätze zu
30 schaffen, die in der Region gehalten werden können.

31 Neuansiedlungen und Investitionstätigkeiten sind in Sachsen-Anhalt fast zum Erliegen ge-
32 kommen. Fördermittel des Bundes und der EU werden mangels von Projekten zurückgege-
33 ben. Diese Entwicklung ist vor allem auf das fehlende Engagement der Landesregierung zu-
34 rückzuführen, welches für eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung unerlässlich ist. In den
35 Jahren mit liberaler Regierungsbeteiligung waren eine kompetente und effiziente Ansied-
36 lungspolitik und die Betreuung von Investitionen ein Markenzeichen. Ein Politikwechsel ist
37 auch hier dringend überfällig:

1 Sachsen-Anhalt hat den Anschluss an die wirtschaftliche Dynamik anderer Bundesländer
2 verloren. Dieser Niedergang ist zu großen Teilen hausgemacht. Sachsen-Anhalt hat es selbst
3 in der Hand hat auf einen Wachstumskurs zurückzukehren. Die FDP steht für Wachstum und
4 eine ideologiefreie Wirtschaftspolitik. Wir Freie Demokraten wollen, dass Sachsen-Anhalt
5 wächst und nicht schrumpft.

6 Die Land- und Forstwirtschaft ist ein eigenständiger Bestandteil der Wirtschaft. Sachsen-
7 Anhalt ist ein exponierter, traditionsreicher Agrarstandort. Die Magdeburger Börde ist als
8 Ackerstandort europaweit ebenso bekannt, wie die Saatzuchtregion um Quedlinburg. Das
9 Gleiche gilt für die intensiv bewirtschafteten, hervorragenden Böden um Halle (Saale) wo
10 ebenfalls großstrukturierte Agrarbetriebe mit einem hoch motivierten und bestens ausgebil-
11 deten Personal wirtschaften. Einen besonderen Stellenwert hat auch die Unterstützung der
12 Kulturlandschaft des Terrassenbaus an Saale und Unstrut als nördlichstem geschlossenem
13 Weinanbaugebiet Europas.

14 Ziel liberaler Agrarpolitik muss sein, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass landwirt-
15 schaftliche Unternehmen den überwiegenden Teil ihrer Erlöse auf dem freien Markt erwirt-
16 schaften. Wir müssen in Zukunft stärker darauf achten die Veredlungsketten im eigenen
17 Land aufzubauen, um die Wertschöpfung zu erhöhen und um neue Arbeitsplätze zu schaf-
18 fen. Kein Betrieb wirtschaftet gegen seine eigene Nachhaltigkeit und seinen Fortbestand. Für
19 die unternehmerische Landwirtschaft, wird es zukünftig in der neuen, gemeinsamen EU-
20 Agrarpolitik (GAP) keine staatlichen Aufkäufe (Interventions- und Preisstützungskäufe) als
21 Absatzgarantie mehr geben. Die gemeinsame Agrarpolitik muss sich stärker an den Grund-
22 sätzen der sozialen Marktwirtschaft ausrichten. Liberale stehen für mehr Eigenverantwortung
23 und für einen drastischen Bürokratieabbau. Erst dann profitieren Verbraucher von qualitativ
24 hochwertigen und preisgünstigen Lebensmitteln. Dies gilt für Produkte aus der Heimat und
25 aus allen Regionen der Welt.

26 Die Forstwirtschaft ist ein eigenständiger Wirtschaftszweig, die sich im freien Markt bewäh-
27 ren muss. Ziel liberaler Forstpolitik muss es sein, vor allem dem Privatwald und dessen Ei-
28 gentümern eine optimale Bewirtschaftung durch eigenständige, staatlich unabhängige und
29 frei auf dem Markt agierende Forstbetriebsgemeinschaften zu gewährleisten.

30 Bei der Bewältigung der großen Herausforderungen des Klimawandels und Sicherung der
31 Ernährungsgrundlage für die Menschen kommt der Landwirtschaft eine zentrale Rolle zu.

32

33 **Dornröschen wachküssen**

34 Unsere Heimat ist so reich an historischen und kulturellen Schätzen wie kaum eine andere
35 Region auf der Welt. Die Dichte an UNESCO-Weltkulturerbestätten ist einmalig. Die beschei-

1 dene Entwicklung der Übernachtungszahlen zeigt, dass die Landesregierung es versäumt hat,
2 mit diesem Pfund zu wuchern.

3 Unsere Landschaften, unsere Geschichte, Highlights wie die Straße der Romanik, die Him-
4 melsscheibe von Nebra und die Luthergedenkstätten könnten viel besser genutzt werden.
5 Unsere Tourismuswirtschaft kann deutlich wachsen. Das muss die Regierung aber auch wol-
6 len. Sie muss Ambitionen haben und sich Ziele stecken. Wer selber nicht an sein Land glaubt,
7 wird Gäste nicht davon überzeugen können. Als Freie Demokraten werden wir dies mit ei-
8 nem neuen Auftritt und einem neuen Selbstverständnis unserer Heimat mit einer abge-
9 stimmten **Strategie zur touristischen Vermarktung** ändern, die unserem Land gerecht wird.

10 Als Kerngebiet deutscher Geschichte und Region mit äußerst attraktiven Kultur- und Natur-
11 Landschaften ist unser Land Sachsen-Anhalt für Millionen Menschen aus dem In- und Aus-
12 land eine beliebte Kulturreisen- und Urlaubsregion. Mit den vier UNESCO-Welterbestätten
13 (Luther-Gedenkstätten Wittenberg und Eisleben, Quedlinburg, Bauhaus Dessau und Wörlit-
14 zener Gartenreich) sowie den vier touristischen Markensäulen „Straße der Romanik“, „Blaues
15 Band“, „Gartenträume“ und „Himmelswege“ sind exzellente Voraussetzungen für eine er-
16 folgreiche Marketingarbeit geschaffen worden. Demgegenüber hat die schwarz-rote Landes-
17 regierung durch die Zerschlagung der Landesmarketinggesellschaft als effektivem Instru-
18 ment der Tourismusförderung und kurzatmige Projekte die Marketingarbeit des Landes
19 deutlich verschlechtert. Mit dem Masterplan Tourismus, mit dem sich die Landesregierung
20 bis 2020 eine Steigerung der Übernachtungszahlen von lediglich 1,3% pro Jahr zum Ziel ge-
21 setzt hat, bleibt Sachsen-Anhalt deutlich hinter seinem touristischen Wachstumspotenzial
22 zurück. Ziel des Landes muss aber ein stärkeres Wachstum der Tourismuswirtschaft sein.

23 Die FDP Sachsen-Anhalt fordert deshalb ein schlagkräftiges Instrument für die Förderung des
24 Tourismus.

- 25 • Zur optimalen Erschließung aller touristischen Potenziale von Sachsen-Anhalt müssen
26 Tourismusstrategie und Vertrieb wieder in einer eigenständigen und schlagkräftigen
27 Organisation gebündelt werden, in der auch die Tourismuswirtschaft und die kom-
28 munalen Gebietskörperschaften angemessen vertreten sind.
- 29 • Zielgerichteter Einsatz der Landesmittel für das Tourismusmarketing.

30 Die Landesmittel für das Tourismusmarketing müssen zielgerichtet eingesetzt werden.
31 Sie fließen durch die erhöhten Steuereinnahmen aus der Tourismuswirtschaft letztlich
32 wieder in die öffentlichen Kassen zurück. Schwerpunkte der Marketingarbeit sollen ne-
33 ben Deutschland die europäischen Nachbarländer und insbesondere im Hinblick auf das
34 500jährige Luther-Jubiläum im Jahr 2017 auch die USA sein.

- 35 • Nutzung aller Werbe-Möglichkeiten und von Kooperationen.

1 Bei der Vermarktung sind alle neuen technologischen Möglichkeiten zu nutzen, die dazu
2 beitragen können, potentiellen Besuchern von Sachsen-Anhalt umfassende Angebote zu
3 unterbreiten. Dies soll auch durch eine stärkere Verknüpfung der Marketingorganisation
4 des Landes mit kulturellen Organisationen und Institutionen sowie durch zentrale Veran-
5 staltungsportale ermöglicht werden.

6

7 **Infrastruktur, die beschleunigt**

8 Wir Bürger Sachsen-Anhalts stehen früher auf, weil wir oft sehr weit zur Arbeit fahren. Aber
9 Arbeit lohnt sich vor allem dann, wenn wir den Tag nicht auf dem Weg zu ihr verbringen
10 müssen. Für uns Freie Demokraten heißt das, dass wir die Infrastruktur nach den Bedürfnis-
11 sen der Menschen ausrichten – und nicht umgekehrt. Derzeit trägt unser Bundesland die
12 rote Laterne. Bei der Breitbandversorgung der Bürger sind wir Bummelletzter, das größte
13 autobahnfreie Gebiet Deutschlands liegt in Sachsen-Anhalt. Die bisherige Landespolitik
14 hängt den ländlichen Raum ab. Das geht besser!

15 Als Freie Demokraten wollen wir dafür sorgen, dass **kein Bürger unseres Landes länger als**
16 **30 Minuten zur nächsten Autobahn oder vierspurigen Bundesstraße** braucht. Wir wollen
17 die Verkehrsprojekte unserer Heimat im Bundesverkehrswegeplan vorbehaltlos umsetzen
18 und damit bestehende Lücken – wie bei der A 14 oder der Westumfahrung von Halle durch
19 die A 143 – schließen. So erhalten wir auch die Attraktivität des ländlichen Raumes und wir-
20 ken dem demographischen Wandel entgegen. Es gilt dabei, wirtschaftstaugliche Ausgleichs-
21 maßnahmen für Eingriffe in die Natur zu schaffen. Die Menschen stehen für uns an erster
22 Stelle. Die künstliche Verteuerung von Infrastrukturprojekten durch ideologisch motivierte
23 und steuerfinanzierte Klagen von einzelnen Verbänden halten wir für gemeinwohlschädlich
24 und lehnen sie nachdrücklich ab.

25 **Der kürzeste Arbeitsweg ist der ins eigene Arbeitszimmer. Home Office** ist in einem dünn
26 besiedelten Bundesland wie dem unseren ein Konzept mit Zukunft. Hierfür, aber auch für die
27 vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen, brauchen wir dringend schnelles Inter-
28 net - auch im kleinsten Dorf. Bei der Umsetzung dieses Konzepts orientieren wir uns an Est-
29 land. Sachsen-Anhalt ist viermal so dicht besiedelt wie Estland und hat eine höhere Wert-
30 schöpfung pro Kopf. Wenn die Esten ihr **ganzes Land mit freiem WLAN und schnellem In-**
31 **ternet** versorgen können, dann können wir das auch.

1

2 Infrastruktur ist mehr als Beton. Öffentliche Infrastruktur bildet die Grundlage, auf der Zivil-
3 gesellschaft und Privatwirtschaft floriert. Um Kommunen lebenswert zu erhalten gilt es, die
4 Menschen vor Ort zu befähigen ihre Bedürfnisse selbst zu definieren und zu bedienen. Hier-
5 zu sind Bildungs- und Gesundheitsangebote genauso notwendig wie Ver- und Entsorgungs-,
6 Kommunikations-, Straßen- und Schienennetze.

7 Als Liberale wollen wir die Entwicklungsmöglichkeiten der Kommunen in ihren eigenen Hän-
8 den erhalten, für die Menschen, die in ihnen leben und arbeiten. Wir bekennen uns daher
9 klar zur Subsidiarität, denn Subsidiarität steht für Bürgernähe. Subsidiarität steht für Fach-
10 kenntnis vor Ort. Entscheidungen sollen möglichst auf kommunaler Ebene getroffen werden.
11 Dafür ist es notwendig, die desaströse Mittelausstattung der Kommunen zu verbessern,
12 nicht nur, aber auch, um schrumpfenden Gemeinden einen Haushalt ohne neue Schulden zu
13 ermöglichen. Schulden sind Gift, gerade bei zu erwartender zurückgehender Wirtschaftsleis-
14 tung.

15 Zur Finanzierung ihrer Aufgaben muss der Kommune mehr von ihren eigenen Einnahmen
16 verbleiben und die Kompetenzen zur Einnahmeerzielung durch Steuern müssen erweitert
17 werden, damit eine bessere Berücksichtigung individueller Gegebenheiten möglich ist.

18 Staatliche Aufgabe darf jedoch auch kommunal nicht unternehmerische Tätigkeit sein. Diese
19 bildet für die Kommunen nicht nur ein wirtschaftliches Risiko – mit dem Steuergeld der Bür-
20 ger -, sondern untergräbt in der Finanzdebatte auch deren Position gegenüber dem Land.
21 Die Sonderbehandlung von Unternehmen der Daseinsvorsorge bezüglich Umsatz-, Körper-
22 schäfts- und Grundsteuer sowie die Ungleichbehandlung beim steuerlichen Verbund von
23 Gewinn- und Verlustbringer müssen beendet werden. Die Kommunen sollen sich auf ihre
24 hoheitlichen Aufgaben beschränken, und der Privatwirtschaft ihren Raum zur Entfaltung
25 geben. Zur effizienteren Wahrnehmung dieser Aufgaben ist verstärkt auf die Kooperation
26 von Gemeinden hinzuwirken.

27 Ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge ist ein Minimum an garantierten Infrastruktureinrich-
28 tungen, auch in den am dünnsten besiedelten Regionen Sachsen-Anhalts. Zu diesem Mini-
29 mum an Infrastruktur gehören die Ubiquität von Wasser und Abwasser zu bezahlbaren Prei-
30 sen genauso wie Strom. Gerade in dünn besiedelten Regionen müssen hierfür dezentrale
31 Lösungen in Selbstorganisation der Bürger, bzw. der Eigenverantwortung der Gemeinde,
32 erleichtert werden um Lebenshaltungskosten zu senken. Wo nötig muss die Anpassung ver-
33 alteter Infrastrukturnetze an die schrumpfende Bevölkerung vor Ort unterstützt werden, um
34 auch schwache Kommunen zukunftsfähig zu machen, denn diese Anpassung kann Unterhal-
35 tungskosten so senken, dass neue Freiräume zum Handeln ohne Hilfe von außen eröffnet
36 werden. Generell sind die Kommunen gehalten, die zukünftige Notwendigkeit von Bauwer-
37 ken mit den Kosten ihrer Instandsetzung und ihres Unterhalts stärker in Abwägung zu set-
38 zen. Die Abwägung von Investitions- und Unterhaltungskosten gilt es auch im Bereich der
39 Wärmedämmung stärker zu beachten. Hier geht es aber nicht nur um Finanzen. Gerade eine

1 Modernisierung der Bauordnung, die etwa die Errichtung und den Erhalt von Bauwerken,
2 wie Windrädern, auch zeitlich befristet erlaubt, und zu ihrem Rückbau verpflichtet, kann
3 helfen ein sich veränderndes Verhältnis von Mensch und Natur ohne Bauruinen zu ermögli-
4 chen. Dies trägt dazu bei ein Umfeld zu erhalten, das auch in Zukunft flexibel auf Verände-
5 rungen reagieren kann.

6 Zur Daseinsvorsorge gehört neben einem funktionierenden Straßennetz und einem Schie-
7 nen- und Wasserstraßennetz, das erreichbar bleibt, und gerade in dünn besiedelten Regio-
8 nen eine erhöhte Bedeutung hat, ein öffentlicher Personennahverkehr als kommunale Auf-
9 gabe. Dieser muss es auch älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen weiterhin
10 ganzjährig ermöglichen, ihren Alltag möglichst selbstbestimmt und eigenverantwortlich zu
11 gestalten, und etwa Nahversorger zeitnah zu erreichen oder in die nächstgrößeren Ortschaf-
12 ten zu pendeln, eine Grundvoraussetzung von Entwicklungschancen vor Ort. Dieser muss es
13 auch jungen Menschen ermöglichen, unabhängig vom elterlichen Fahrdienst mobil zu sein.
14 Um dies weiterhin bezahlbar umzusetzen, gilt es verstärkt innovative Beförderungskonzepte,
15 wie etwa Rufbus- / Minibussysteme zu nutzen. Ziel sind flexible Lösungen vor Ort, die eine
16 starre und teure Überversorgung verhindern, indem sie sich den tatsächlichen Bedürfnissen
17 der Menschen anpassen. Bürgerschaftliches Engagement und nachbarschaftliches Miteinan-
18 der haben gerade in kleinsten Ortschaften das Potenzial öffentliche Angebote wirksam zu
19 ergänzen. Die öffentliche Hand kann hier häufig als Koordinationsplattform dienen, und sich
20 so auch selbst dank der aner kennenswerten Tätigkeit engagierter, eigenverantwortlicher
21 Ehrenamtlicher finanziell entlasten.

22 Die FDP steht für die Versorgung aller Haushalte und Unternehmen mit Breitbandinternet.
23 Dazu müssen die Möglichkeiten, die im Rahmen der Novelle des Telekommunikationsgeset-
24 zes geschaffen wurden, rasch ausgeschöpft werden. Zudem wird Optimierungspotenzial bei
25 den rechtlichen Rahmenbedingungen in anderen Bereichen – etwa im Bau- und Planungs-
26 recht oder im Kommunalrecht – gesehen. Die Finanzierungsmöglichkeiten beim Bund, den
27 Ländern und der EU sollen transparenter und besser nutzbar gemacht werden, um den
28 Breitbandausbau durch den Markt noch besser zu unterstützen.

29

30 **Zügiger Ausbau des schnellen Internets.**

31 Der Ausbau des schnellen Internets geht in Sachsen-Anhalt viel zu schleppend voran. Nur
32 rund ein Drittel aller Haushalte und mittelständischen Unternehmen hat zeitgemäße An-
33 schlüsse an das Internet. Dabei ist die Anbindung an das schnelle Internet für Unternehmen
34 ein überragend wichtiger Standortfaktor. Zahlreiche Unternehmen erleiden durch den feh-
35 lenden Anschluss an das High-Speed-Internet erhebliche Wettbewerbsnachteile. Aber
36 schnelles Internet ist auch gerade für junge Menschen eine Voraussetzung, um auch den
37 ländlichen Lebensraum lebenswert zu machen. Soziale Medien spielen für sie eine erhebli-
38 che Rolle, die abhängig ist von technischen Gegebenheiten.

1 Die FDP Sachsen-Anhalt fordert zukunftsfähige Breitbandanschlüsse für alle. Es ist staatliche
2 Aufgabe, die Versorgung mit dieser zukunftsweisenden Infrastrukturmaßnahme als Bestand-
3 teil der Daseinsvorsorge sicherzustellen. Aufgrund der strukturellen und demographischen
4 Unterschiede zwischen dem städtischen und ländlichen Raum sind effiziente Förderpro-
5 gramme mit Steuerungswirkung in bisher vernachlässigten Gebieten notwendig. Eine feh-
6 lende flächendeckende Anbindung führt zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Lebens-
7 qualität und einer Abkopplung der entsprechenden Region.

8 Standorte ohne schnelle Internetanbindung sind drittklassig. Unternehmen wandern ab
9 statt zu. Und die schwarz-rote Landesregierung schläft. Aber auch bei den Verkehrswegen,
10 die nach der Wende zeitgemäß erneuert oder ganz neu gebaut worden sind, gibt es eine
11 Reihe von gravierenden Lücken, die endlich geschlossen werden müssen.

13 **Schnelle Fertigstellung der A14 Nordverlängerung und der A 143 Westumfahrung** 14 **Halle.**

15 Die A 143 (Westumfahrung von Halle) muss ebenfalls zügig fertiggestellt werden. Auch bei
16 diesem Projekt darf nicht länger hingenommen werden, dass grüne Ideologen die Bewälti-
17 gung der Verkehrsprobleme von Sachsen-Anhalt immer wieder blockieren.

18 Die A 14 zwischen Magdeburg und Schwerin ist umgehend fertigzustellen. Es kann deshalb
19 nicht länger hingenommen werden, dass Sachsen-Anhalt eine Organisation wie den BUND
20 mitfinanziert, der alles unternimmt, um die Fertigstellung der A 14 zu verschleppen. Die Blo-
21 ckadepolitik des BUND hat bereits viele Millionen Euro gekostet, die der Steuerzahler tragen
22 muss. Damit muss Schluss sein!

24 **Bau des Saale-Seitenkanals.**

25 Seit Jahrzehnten ist die Saale als Wasserstraße weitgehend ausgebaut. Sie kann jedoch als
26 solche nicht genutzt werden, weil der Ausbau im Mündungsbereich der Saale in die Elbe bis-
27 lang noch nicht erfolgt ist. Das Raumordnungsverfahren für den Saale-Seitenkanal (Schleu-
28 senkanal bei Tornitz) ist seit Jahren erfolgreich abgeschlossen. Doch das Projekt kommt
29 seitdem nicht mehr voran. Die schwarz-rote Landesregierung schafft es nicht, das Projekt mit
30 der schwarz-roten Bundesregierung endlich zu realisieren. Der Handlungsbedarf für Sach-
31 sen-Anhalt ist groß!

33 **Mehr Engagement für den Flughafen Leipzig-Halle.**

34 Der Einfluss des Landes Sachsen-Anhalt auf den Flughafen Leipzig-Halle muss gestärkt wer-
35 den. Der Flughafen spielt für die Wirtschaftsentwicklung unseres Landes eine wichtige Rolle.
36 Während Sachsen-Anhalt in den 90er Jahren die Entwicklung des Flughafens wesentlich mit-
37 bestimmen konnte, ist der Einfluss heute deutlich geringer. Das muss sich wieder ändern.

1 Öffentliche Infrastrukturen sind zügig weiter auszubauen, das gilt sowohl für die klassischen
2 Verkehrswege als auch die Datenautobahn und die Energieversorgung.

3 **Zukunft im ländlichen Raum – den Wandel selbst gestalten**

4 Sachsen-Anhalt ist eine ländlich geprägte Region. Jenseits der Oberzentren Magdeburg, Hal-
5 le und Dessau-Roßlau ist unsere Heimat durchzogen von kleinen und mittleren Städten und
6 Dörfern. In wenigen Teilen Deutschlands sind Regionen so dünn besiedelt wie zwischen
7 Arendsee und Zeitz.

8 Seit der Wiedervereinigung sieht sich unser Land großen Strukturveränderungen ausgesetzt.
9 Zu den Größten gehört die Bevölkerungsentwicklung. Gerade im ländlichen Raum wurden
10 als Erbe des Sozialismus Anpassungsleistungen der überkommenen Wirtschaftsstruktur not-
11 wendig. Die resultierende Arbeitslosigkeit und die damit einhergehende Perspektivenarmut
12 führten zu Abwanderung und Geburtenrückgang. Auch wenn die Geschwindigkeit dieses
13 Prozesses abgenommen hat, sind die Geburtenraten weiterhin nicht ausreichend, um die
14 Schrumpfung der Bevölkerung zu stoppen. Die anhaltende Abwanderung der Bevölkerung,
15 gerade aus dünn besiedelten Regionen, verschärft diese Entwicklung. Als Ergebnis nimmt die
16 Bevölkerung in Sachsen-Anhalt stetig ab, ihr Altersdurchschnitt steigt. In seinem Ausmaß ist
17 dies beispiellos. Während einige Städte den Schrumpfungsprozess hinter sich haben, steht
18 dem ländlichen Raum bis 2025 ein weiterer Bevölkerungsrückgang von 20 %, örtlich auch
19 über 25 %, bevor.

20 Dies ist nicht per se negativ. Das Landleben und seine angenehmen Aspekte, wie die Nähe
21 zur Natur, der hohe Erholungswert, das oft persönlichere, weniger anonyme Miteinander
22 der Menschen und das familienfreundliche Umfeld werden durch einen Bevölkerungsrück-
23 gang nicht geschmälert. Herausgefordert sind hingegen die öffentlichen Infrastrukturen, so-
24 fern sie für eine frühere, eine andere Bürgerschaft konzipiert wurden. Es gilt die Straßen-,
25 Schienen- und Wasserstraßennetze, die Strom, Wasser und Abwassernetze, die Bildungs-
26 und Gesundheitsstrukturen, insgesamt den durch und für die Bürgerschaft bereit gestellten
27 öffentlichen Raum so umzugestalten, dass er auch in zehn und in 20 Jahren noch geeignet ist
28 der dann vorhandenen, meist kleineren und älteren Bevölkerung gerecht zu werden.

29 Wir Freien Demokraten sind davon überzeugt, dass es Aufgabe von Politik ist, diese Entwick-
30 lung mit geeigneten Maßnahmen zu gestalten. So unterschiedlich wie die Entwicklung in den
31 Ortschaften ist, so unterschiedlich müssen auch die Antworten im Einzelfall sein können, um
32 einen Gestaltungsprozess zu ermöglichen, der jeder Gemeinde ihren Weg eröffnet. Aufgabe
33 der Landespolitik ist es, dezentrale Entscheidungen zu ermöglichen, die sich flexibel den Ge-
34 gebenheiten vor Ort anpassen. Flexibilität, Bürgernähe und Subsidiarität, kurz: Liberalisie-
35 rung!

36 Wir setzen uns in Sachsen-Anhalt dafür ein, dass die Landespolitik den Bürgern, ihren Kom-
37 munen und Gebietskörperschaften mehr Freiheit lässt selbst zu entscheiden. Selbst zu ent-
38 scheiden wie auftretende Herausforderungen lokal am besten gelöst werden können, damit
39 die Menschen vor Ort sich ein Höchstmaß an Wohlstand und Entwicklungsmöglichkeiten

1 schaffen. Gleichwertige, nicht gleiche Lebensverhältnisse sind unser Ziel. Und dieses Ziel
2 kann am besten durch eine lokale Vielfalt von Antworten auf die Vielfalt der Herausforde-
3 rungen erreicht werden. Die Eigenverantwortung der Bürger vor Ort und ihre tatsächliche
4 Wahrnehmung durch die Bürgerschaft sind der Weg zu einer erfolgreichen Liberalisierung
5 und damit zu lebenswerten Kommunen, die das Rückgrat eines funktionsfähigen Bundeslan-
6 des bilden.

7

8

9 **Hohe Energiekosten gefährden unseren Wohlstand**

10 Die hohen Strompreise sind ein Hemmschuh für unsere wirtschaftliche Entwicklung. Die
11 auch von der Landesregierung über den Bundesrat betriebene Politik der **Energieverteilung**
12 **muss endlich gestoppt** und das Erneuerbare Energien Gesetz abgeschafft **werden**. Oh-
13 ne eine Energiepolitik mit Augenmaß werden wesentliche Teile der heimischen Industrie,
14 etwa die Chemiebranche und Baustoffindustrie, aus unserem Land vertrieben. Deshalb darf
15 auch ein heimischer Energieträger wie die Braunkohle nicht diskriminiert werden.

16

17

18 **Abschaffung der Stromsteuer.**

19 Die einst von der rot-grünen Bundesregierung eingeführte Stromsteuer erhöht die Energie-
20 preise, was ein schwerwiegender Standortnachteil Deutschlands ist und unsere industrielle
21 Basis auch in Sachsen-Anhalt gefährdet.

22

23 **Keine Diskriminierung von Energieträgern wie z.B. der Braunkohle aus ideologi-** 24 **schon Gründen.**

25 Nach dem überstürzten und teuren Ausstieg aus der Atomenergie, der ein Fehler war, dür-
26 fen die Strompreise nicht auch noch dadurch in die Höhe getrieben werden, dass preiswerte
27 heimische Energiequellen in Frage gestellt werden. Dies muss für alle Energieträger – auch
28 für unsere heimische Braunkohle – gelten.

29 Die Verfügbarkeit von sicherer und preiswerter Energie gehört zu den wichtigsten Säulen des
30 Wohlstands. Für viele Unternehmen des produzierenden Gewerbes ist deshalb eine sichere
31 und preiswerte Energieversorgung bei Standort- und Investitionsentscheidungen von größter
32 Bedeutung. Dies hat die schwarz-rote Landesregierung völlig verkannt.

1 Sachsen-Anhalt hat sich in den zurückliegenden Jahren leider zu einer Region mit den euro-
2 paweit höchsten Strompreisen entwickelt. Die mittel- und langfristigen Folgen dieser von der
3 Politik zu verantwortenden Entwicklung sind dramatisch: Ein schleichender Rückzug der In-
4 dustrie aus Sachsen-Anhalt ist in vollem Gange.

5 Allein kann sich Sachsen-Anhalt aus dieser bedrohlichen Entwicklung, die es im Bundesrat
6 stets unterstützt hat, nicht mehr befreien. Vielmehr ist es höchste Zeit, dass die Landesre-
7 gierung ihrer Verantwortung für unser Land gerecht wird und sich – anders als bisher – über
8 den Bundesrat für eine zukunftsfähige Energiepolitik Deutschlands stark macht.

9 **1.b. Unsere Ressourcen schützen: Umweltschutz**

10 Liberale Umweltpolitik geht in erster Linie von der Eigenverantwortung der Menschen aus
11 und weist dem hoheitlichen Schutz einen weiten Rahmen zu. Dieser Grundsatz beruht auf
12 der Überzeugung, dass die Menschen grundlegendes Interesse daran haben, dass die Um-
13 welt in der sie leben, die sie prägen und die sie prägt, auch künftig intakt und lebenswert
14 bleibt. Eine solche Politik steigert auch die Akzeptanz bei den von Umweltschutzmaßnahmen
15 betroffenen Menschen, werden sie doch nicht als bloße Objekte der Regulierung betrachtet,
16 sondern als ernstzunehmender Partner.

17 Umweltpolitik hat sich am Prinzip der Nachhaltigkeit zu orientieren. So werden die ökologi-
18 schen, ökonomischen und sozialen Aspekte gleichermaßen berücksichtigt und gegeneinan-
19 der abgewogen. Ziel ist es dabei stets, die natürlichen Lebensgrundlagen im Interesse der
20 heutigen wie auch der künftigen Generationen dauerhaft zu schützen. Die liberale Umweltpolitik
21 der Zukunft muss als Teil der Ökologischen Marktwirtschaft verstanden werden und
22 ein Beitrag sein zur Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft. Sie vereinigt Ökonomie
23 und Ökologie, indem sie Umweltschutz mit marktwirtschaftlichen Mitteln ermöglicht und
24 nicht, wie bisher, ausschließlich mit Ver- und Geboten. Klimaschutz und Ressourcenschonung
25 sind vor dem Hintergrund des Klimawandels zentrale Aufgaben einer generationenge-
26 rechten liberalen Umweltpolitik. Es gilt besonders in diesen wichtigen Feldern, die effizien-
27 testen Methoden sowohl der Energienutzung als auch der CO₂-Verringerung einzusetzen.
28 Dazu bedarf es unbedingt der Innovationskraft des Marktes.

29 Die vielfache Ausgrenzung des Menschen und seiner Tätigkeiten aus der Natur- und Kultur-
30 landschaft begreifen die Bürger zunehmend als Bevormundung. Hier muss mit neuer Um-
31 weltpolitik den Menschen vor Ort wieder die Entscheidungsfreiheit zurückgegeben werden,
32 ohne dass dadurch die Schönheit und Vielfalt unserer Heimat beeinträchtigt wird.

33 Die FDP bekennt sich zur Stärkung eines bezahlbaren Vertragsnaturschutzes. Der zu verein-
34 barende Maßnahmenkatalog des Vertragsnaturschutzes ist ein geeignetes Instrument, um in
35 Kooperation mit der Landwirtschaft auf freiwilliger Basis Ziele des Natur-, Landschafts- und
36 Trinkwasserschutzes umzusetzen. Kontinuität, Verlässlichkeit, Planbarkeit für die landwirt-
37 schaftlichen Betriebe und Effizienzsteigerung der naturschutzfachlichen Maßnahmen be-

1 stimmen dabei das Handeln, davon profitieren die Natur und die landwirtschaftlichen Be-
2 triebe gleichermaßen.

3 Boden ist ein knappes Gut und hochkomplexer Naturkörper, um den unterschiedliche Nut-
4 zungen konkurrieren. Die Nutzung des Bodens sollte daher so erfolgen, dass die natürlichen
5 Verhältnisse berücksichtigt werden und nach Nutzungsaufgabe auch wiederhergestellt wer-
6 den können. Das betrifft insbesondere den Rückbau von Industrie- und Agrarbrachen.

7 Sauberes Wasser ist neben sauberer Luft die wichtigste Grundlage allen Lebens auf unserer
8 Erde. Um diese kostbare Ressource zu schützen, sind die Qualität des Grundwassers und der
9 Gütezustand der Oberflächengewässer im Rahmen europäischer Vorgaben weiter zu verbes-
10 sern. Dabei setzt die FDP vor allem auf die Kooperation mit der Landwirtschaft. Darüber hin-
11 aus sind zur Entlastung der Bürger bei der Abwasserbehandlung modernste Techniken und
12 effizienteste Organisationsstrukturen gefordert. Dies kann von privatwirtschaftlichen Unter-
13 nehmen oft genauso gut oder besser gewährleistet werden als durch den Staat.

14 Wie die Hochwasser in den vergangenen Jahren wieder vor Augen geführt haben, ist der
15 Hochwasserschutz im Binnenland eine wichtige Daueraufgabe. Wir setzen uns dafür ein,
16 dass die Menschen entlang der Flussläufe durch ein umfassendes und nachhaltiges Hoch-
17 wassermanagement geschützt werden.

18 Die Grüne Gentechnik bietet viele Chancen, die genutzt werden sollten, ohne dass dabei die
19 Risiken außer Acht gelassen werden. Ohne die Grüne Gentechnik werden wir an der züchte-
20 rischen Weiterentwicklung unserer Kulturpflanzen nicht mitwirken können. Resistenzen ge-
21 gen Schadorganismen, Verbesserungen der Inhaltsstoffe von Kulturpflanzen zur Nutzung als
22 Energiepflanzen für eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit erneuerbarer Energien, kos-
23 tengünstige Arzneimittelproduktion in Pflanzen und Verbesserungen der Zellulosefasern sind
24 einige der Perspektiven dieser Züchtungsmethode, die einen wichtigen Beitrag zur Nachhal-
25 tigkeit erbringen. Über eine ausreichende und ehrliche Kennzeichnung gentechnisch verän-
26 dertes Produkte oder Zutaten ist die Wahlfreiheit der Verbraucher sicherzustellen.

27 Die landwirtschaftliche Urproduktion, Saatgutwirtschaft und Nahrungsmittelversorgung
28 i.w.S. darf nicht in den Händen weniger marktbeherrschender Konzerne oder Kartelle sein.

29 Die FDP nimmt bestehende Ängste von Landwirten und Verbrauchern ernst, wird die For-
30 schung und Entwicklung sorgfältig beobachten und prüfen und ihre eigene Position danach
31 ausrichten.

32 Umweltbildung ist die Grundlage in der Umweltpolitik, um für den Schutz der Umwelt und
33 Natur eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen. Nur wer über die Schönheit und
34 Vielfalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen informiert ist und sie versteht, ist auch bereit,
35 sich selbst umweltbewusst zu verhalten und sich aktiv für den Schutz der Umwelt einzuset-
36 zen.

37

1

2 **2. Schlauer sein als alle Anderen**

3 Kaum ein Schüler **ohne** Smartphone – kaum ein Schule **mit** Notebooks. Das Bildungssystem
4 von Sachsen-Anhalt ist von vorgestern. Die Forschungslandschaft ist unterfinanziert. Nir-
5 gendwo in Deutschland gibt es so viele Schüler ohne Schulabschluss wie bei uns. Die Regie-
6 rung übergibt unseren Schülern und Studenten zum Start ins Leben die rote Laterne. Das
7 muss und darf nicht so sein. Unsere Kinder haben genauso viele Talente wie alle anderen.
8 Wir müssen sie nur richtig fördern.

9

10 **Gern in die Schule gehen**

11 Als Freie Demokraten wollen wir unser Schulsystem vom 19. ins 21. Jahrhundert holen. Bin-
12 nen 10 Jahren werden wir **jedem Schüler ein Notebook als Arbeitsgerät** anbieten. Wir wer-
13 den den Lehrplan entschlacken und - in Zeiten von Google und Wikipedia - von der Wissens-
14 auf die Kompetenzvermittlung umsteigen. Uns geht es nicht darum wie die Schulform heißt,
15 an die ein Schüler geht. Uns geht es darum, dass er dort möglichst viel für sein Leben lernt.
16 Das kann bei jedem jungen Menschen etwas anderes sein. Weil wir unseren Lehrern ver-
17 trauen, werden wir im Rahmen von bundeseinheitlichen Bildungsstandards **mehr Kompe-**
18 **tenzen an die Schule** abgeben. Dazu bedarf es guter, motivierter Lehrer, kleiner Klassen und
19 einfach erreichbarer Schulstandorte. Wir Freie Demokraten werden daher die **Referendari-**
20 **atsplätze anheben, die Zahl der Neueinstellungen für Lehrer ausweiten und ihre Bezahlung**
21 **verbessern**. Solange unsere Lehrer weniger verdienen als in unseren Nachbarbundeslän-
22 dern, müssen wir uns über Lehrermangel nicht wundern. Im Wettbewerb um die besten
23 Köpfe ist diese Investition in unsere Zukunft notwendig.

24 Den Anschlag der Landesregierung auf die Schulstruktur in unserer Heimat werden wir be-
25 enden. Mit den Freien Demokraten wird es in Sachsen-Anhalt **keine Schulschließungen**
26 **mehr** geben!

27 Dabei beginnt Bildung für uns Freie Demokraten sofort, in der Familie wie in der Kita. Die
28 Kita ist die erste öffentliche Bildungseinrichtung. Jeder soll ein Recht auf den Besuch haben.
29 Der Besuch muss aber auch für jeden bezahlbar sein. Bei der **Vereinbarkeit von Familie und**

1 **Beruf** hat Sachsen-Anhalt in den letzten Jahren leider an Boden verloren. Das neue Kinder-
2 förderungsgesetz ließ die **Elternbeiträge** für Berufstätige explodieren. Diese Entwicklung
3 werden wir rückgängig machen. Für **flexiblere Öffnungszeiten der Kindertagesstätten** – un-
4 abhängig vom Träger – werden wir uns zum Wohl der berufstätigen Mütter und Väter ein-
5 setzen.

6

7 **Jeden Tag dazu lernen**

8 Seine Hochschulen hat kaum eine Regierung so kaputt gespart wie die von Sachsen-Anhalt.
9 Die rote Laterne bei den Patentanmeldungen ist das Resultat der roten Laterne bei den Aus-
10 gaben für Forschung und Entwicklung. Wir Freie Demokraten haben mit tausenden Anderen
11 dagegen protestiert. Dieser Sparwahn bei Wissenschaft, Forschung und Entwicklung sägt an
12 dem Ast, auf dem wir sitzen. Wir Freie Demokraten werden die Hochschulpolitik vom Kopf
13 auf die Füße stellen und **Hochschulstruktur und Finanzierung besser aufeinander abstim-**
14 **men**. Unser Ziel ist es, dass auch ein kleines Land wie Sachsen-Anhalt **Forschung** entwickelt,
15 **in der wir Weltspitze sind** und **Lehre, die Strahlkraft hat** - Forschung und Lehre, die die
16 Wirtschaft im Land nachhaltig prägen. Den Weg dahin kennen keine Politiker, sondern nur
17 die Forscher selbst. Wir lassen sie diesen Weg beschreiten – mit freier Forschung und ohne
18 das Gängelband der Politik.

19 Innovation entsteht auch im Unternehmen - beim Biochemiker, beim Informatiker, beim
20 Elektriker und beim Schreiner. Die **Verzahnung zwischen Wissenschaft und Praxis** wollen
21 wir ausbauen. Wir wollen Menschen **in der Ausbildung und in der Weiterbildung** dazu moti-
22 vieren, die eigenen Ideen einzubringen. Denkverbote aus ideologischen Gründen, z.B. bei der
23 innovativen Pflanzen- und Tierzucht, lehnen wir ab. Wir wollen täglich Neues lernen.

24 Die FDP Sachsen-Anhalt fordert eine Bildungsinitiative 2025 für Sachsen-Anhalt, deren Ziel es
25 ist, die Bildungschancen aller Bürger zu erhöhen und das Bildungssystem in Sachsen-Anhalt
26 grundsätzlich zu stärken. Ziel ist nicht weniger als die beste Bildung. Dies ist nur mit starken
27 Bildungseinrichtungen, vom Kindergarten bis zur Hochschule, zu erreichen, in denen den am
28 Bildungsprozess Beteiligten (Eltern, Lehrern) mehr Freiheit und Eigenverantwortung überlas-
29 sen wird. Mehr Freiheit und Eigenverantwortung bedeutet für uns, dass:

- 1 ▪ Schulen und Hochschulen über ihre Bildungskonzeptionen und -angebote selbst
2 entscheiden können und die Eigenverantwortung der Bildungseinrichtungen gestärkt
3 werden,
- 4 ▪ Eltern selbst entscheiden können, welche Schule für ihr Kind die Beste ist,
- 5 ▪ Inklusion nicht nur gefordert, sondern auch finanziell und organisatorisch angegan-
6 gen wird, aber Eltern weiterhin Mitspracherecht über eine inklusive Beschulung ihrer
7 Kinder erhalten,
- 8 ▪ die Durchlässigkeit des Bildungssystem so groß wie möglich ist und einem jeden
9 Chancen zum Aufstieg gibt,
- 10 ▪ junge Menschen ihren Fähigkeiten entsprechende Bildungs-Angebote erhalten.

11 Es muss endlich Schluss sein mit einer Bildungspolitik, deren Ziel es alleine ist, Kostenvorga-
12 ben des Finanzministeriums einzuhalten. Bildungspolitik muss das Fundament legen für die
13 zukünftige Entwicklung unseres Landes. Im nationalen und internationalen Wettbewerb
14 werden wir nur bestehen können, wenn wir den Weg hin zu einer Wissensgesellschaft kon-
15 sequent gehen und die jungen Menschen bedarfsgerecht und auf ihre Fähigkeiten hin aus-
16 bilden und ihnen dennoch die Freiheit zur Selbstverwirklichung geben. Hier muss Bildungs-
17 politik ansetzen und darf Entwicklungen, wie z.B. im Bereich Industrie 4.0 nicht verschlafen.
18 Die Freien Demokraten fordern daher eine Bildungsinitiative, die folgende Aspekte berück-
19 sichtigt:

20

21 Kindergarten

22 Bildungsprozesse beginnen bereits im vorschulischen Alter. Daher nehmen gerade Kinder-
23 gärten eine wichtige Rolle in der frühkindlichen Bildung ein. Eine qualifizierte Ausbildung der
24 Erzieher/innen ist daher ein wesentlicher Ansatzpunkt eines modernen Bildungssystems. Um
25 diese Tätigkeit attraktiv zu gestalten, bedarf es einer gerechten und den Aufgaben entspre-
26 chenden Vergütung.

27 Die Freien Demokraten halten die KiföG-Novellierung für falsch. Die negativen Folgen für
28 junge, berufstätige Eltern zeichnen sich bereits jetzt ab. Die Betreuung in Kindereinrichtun-
29 gen muss auch für Erwerbstätige finanzierbar bleiben, um Familie und Beruf in Einklang
30 bringen zu können. Wir treten für die Wiederherstellung der wesentlichen KiföG-Regelungen
31 von 2004 ein, denn das selbstgesetzte Ziel der Landesregierung lautete: familienfreundlich-
32 stes Bundesland in Deutschland. Die Realität zeigt aber, dass dieses Ziel so nicht erreicht wird.

- 33 ▪ Eltern gehen auf die Straße, weil die Kinderbetreuung nicht mehr bezahlbar ist. Und
34 das trotz der mehr als 60 Millionen Euro, die das Land in diesen Politikbereich hinein-
35 gegeben hat.

- 1 ▪ CDU und SPD haben mit ihrer KiFöG-Novelle allen Kindern eine Ganztagsbetreuung
2 gesichert – auch denen, deren Eltern nicht beide erwerbstätig sind. Zugleich wird
3 Kindern, deren Eltern beide arbeiten, durch die hohen Kosten die Betreuungszeit ein-
4 geschränkt oder sogar ganz verwehrt. Diese Entwicklung zeigt sehr deutlich, dass die
5 ohnehin finanziell gebeutelten Kommunen die Folgen der Gesetzesnovelle finanziell
6 nicht gestemmt bekommen und notgedrungen die Lasten auf die Eltern verteilen.

7 Das ist dreifach unfair gegenüber den Kommunen, die die Kompetenz für die Kinderbetreu-
8 ung an die Kreise verloren haben, gleichzeitig höhere Lasten dafür schultern müssen und mit
9 dem berechtigten Protest der Eltern konfrontiert sind, der doch allein dem Gesetzgeber ge-
10 bührt. Und es ist unfair gegenüber den erwerbstätigen Eltern, die mit ihren Steuern die Sozi-
11 alleistungen für nicht erwerbstätige Eltern erwirtschaften, in der Praxis der Kinderbetreuung
12 jetzt oft schlechter gestellt sind als diese.

13 Für die FDP steht fest: Kinderbetreuung muss für junge Eltern bezahlbar bleiben. Die Kom-
14 mune muss Gebühren so gestalten, dass Eltern, die arbeiten, dies auch mit der Erziehung
15 ihrer Kinder in Einklang bringen können. Die Praxis der Kinderbetreuung zeigt: Die Landesre-
16 gierung ist mit ihrem selbstgesetzten Ziel gescheitert. Sie sollte die absehbare Schlappe vor
17 dem Landesverfassungsgericht zu einer grundlegenden Reform des KiFöG nutzen.

18 Für die Novelle des Kinderfördergesetzes sind für die Liberalen folgende Punkte maßgeblich:

19 Jedes Kind in Sachsen-Anhalt hat einen Anspruch auf eine gute Betreuung und Bildung in
20 einer Einrichtung zur Kinderbetreuung und ein Recht auf Erziehung, Betreuung und Bildung
21 durch die Eltern. Die quantitative Ausgestaltung der öffentlichen Betreuung richtet sich über
22 den durch Bundesrecht normierten Anspruch hinaus nach dem Bedarf der Kinder und ist
23 etwa in der beruflichen Tätigkeit beider Elternteile begründet.

24 Die Betreuung der Kinder etwa bei der Berufstätigkeit beider Elternteile muss auch für junge
25 Familien mit geringeren Einkommen finanzierbar sein. Die neue Gesetzeslage hat zu erhebli-
26 chen Kostensteigerungen bei den Elternbeiträgen geführt, vor allem in den Kommunen, die
27 sich in der Haushaltskonsolidierung befinden. Die Festschreibung des Elternanteils an den
28 Gesamtkosten bei bis zu 50 Prozent ist zu streichen. Die Verlagerung der Zuständigkeit von
29 den Gemeinden auf die Landkreise erfolgte ohne Grund und ist zu korrigieren.

30 In der aktuellen Fassung ist de facto kein gültiger Betreuungsschlüssel vorhanden. Die ange-
31 gebenen Zahlen berücksichtigen nicht Urlaub, Krankheit und Fortbildung der Erzieher. Der
32 derzeitige Schlüssel ist lediglich ein Durchschnittswert pro Jahr und Einrichtung. Es ist zwin-
33 gend ein verbindlicher Betreuungsschlüssel wieder einzuführen, der auch den gestiegenen
34 Anforderungen der Bildungsarbeit durch die Erzieher gerecht wird.

35 Die Zugangsvoraussetzungen zur Anerkennung als Fachkraft sollten den aktuellen Bedingun-
36 gen des Arbeitsmarktes angepasst werden. Die Übertragung der Entscheidung darüber auf
37 die Landkreise führte zu einer Verschlechterung. Auch die Anerkennung ausländischer päda-

1 gogischer Abschlüsse muss dringend verbessert werden. Flächenobergrenzen, bzw. eine De-
2 ckelung der geförderten Fläche durch die Kommunen muss sich am pädagogischen Konzept
3 der Einrichtung orientieren und darf nicht schematisch erfolgen.

4

5 **Grundschulbereich**

6 Zur besten Bildung gehört für die Freien Demokraten ein enges Netz öffentlicher und priva-
7 ter allgemeinbildender Schulen mit einem abgestimmten öffentlichen Personennahverkehr.
8 Kein Grundschüler soll länger als eine halbe Stunde zur Schule fahren. Damit wird nicht nur
9 eine gute Bildung, sondern auch eine wohnortnahe Beschulung gesichert. Dies ist in allen
10 dünn besiedelten Regionen Europas ein wichtiger Ansatz, um der Landflucht vorzubeugen.
11 Das Land legt auf Basis dieser Grundannahmen eine Schulnetzplanung vor, die mit einer se-
12 riösen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung untersetzt wird.

13 Alle Grundschulen können sich im Rahmen einheitlicher Bildungsstandards ein eigenes pä-
14 dagogisches Konzept erarbeiten. Gerade in dünnbesiedelten Regionen unseres Landes gehö-
15 ren dazu auch Konzepte, die es dem Land ermöglichen, die „Schule im Dorf zu lassen“ wie
16 homelearning, jahrgangsübergreifendes Lernen, Unterricht per Internet etc...

17

18 **Weiterführende Schulen**

19 Die FDP Sachsen-Anhalt bekennt sich klar zum mehrgliedrigen Schulsystem. Dieses fördert
20 die unterschiedlich ausgeprägten Talente junger Menschen. Praxisorientierte Schüler müs-
21 sen genauso gute Bedingungen vorfinden, wie Schüler, die ein Studium anstreben. Die
22 Durchlässigkeit der Schulformen ist zu sichern, aber nicht das Abitur zum Schulabschluss für
23 alle zu machen. Die Abschlüsse an der Sekundar- und Gemeinschaftsschule müssen gemein-
24 sam mit der dualen Ausbildung ein gutes Fundament für den Start in das Berufsleben bieten.
25 Handwerkliche und technische Berufsausbildungen sind in Sachsen-Anhalt gleichrangig zum
26 Abitur zu sehen.

27 Für das Abitur müssen in Deutschland die gleichen Standards gelten, und auch wie 2012 in
28 Teilen beschlossen, umgesetzt werden. Die Abstimmungen zu den Abiturvorgaben mit Bay-
29 ern, Sachsen, Hessen und Thüringen sind der richtige Weg. Es muss unser Ziel sein, eine Ab-
30 stimmung aller Länder auf hohem Niveau zu erreichen. Unser Ziel ist: Bildung in Sachsen-
31 Anhalt muss die beste Bildung im Ländervergleich sein. Hierzu brauchen wir einen Wettbe-
32 werb um die besten Konzepte. Dieser Wettbewerb zwischen den Schulen soll durch die Öff-
33 nung der Schulbezirke erreicht werden. So werden Schulen motiviert, sich neben der ver-
34 pflichteten Allgemeinbildung auf Kernkompetenzen zu konzentrieren, um sich ein Alleinstel-
35 lungsmerkmal zu geben. Dies erhöht den Wert der Bildung und bietet den Lehrern die Mög-

1 lichkeit auf die Interessen und Stärken der Schüler besser einzugehen. Dabei können indivi-
2 duelle Bildungskonzepte entlang des mehrgliedrigen Schulsystems umgesetzt werden.

3

4 **Inklusion**

5 Für Liberale steht der Mensch mit seinen individuellen Fähigkeiten und Bedürfnissen im
6 Zentrum ihrer Politik. Ziel der FDP Sachsen-Anhalt ist es mehr Freiheit für mehr Menschen zu
7 ermöglichen. Wir wollen, dass alle – so wie sie sind – am gesellschaftlichen Leben teilhaben
8 können und die Chance zum Aufstieg durch Bildung erhalten. Menschen mit körperlichem
9 bzw. geistigem Handicap haben es dabei ungleich schwerer. Wir setzen uns dafür ein, das
10 abzubauen, was Menschen hindert gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzuneh-
11 men.

12 Die FDP Sachsen-Anhalt tritt dafür ein, dass Eltern (Erziehungsberechtigte) wählen können,
13 ob ihr Kind an einer für das Kind geeigneten Schule inklusiv oder an Förderschulen beschult
14 wird. Wir wollen, dass Allgemeinbildende Schulen so ausgestattet werden, dass Schülerin-
15 nen und Schüler mit Behinderungen und Beeinträchtigungen entsprechend ihres individuel-
16 len Förderbedarfs erfolgreich unterrichtet werden können.

17 Damit Eltern und Erziehungsberechtigte die aus ihrer Sicht bestgeeignete Art der Beschu-
18 lung wählen können, sind Förderschulen zu erhalten. Durch den bedarfsgerechten Erhalt von
19 Kindergärten und Schulen für Schwerstmehrfachbehinderte wird sichergestellt, dass einige
20 überhaupt beschult werden können und nicht als nicht-beschulbar aus dem System fallen.

21

22 **Zukunftsorientierte Bildung**

23 Das Bildungssystem muss und soll Chancen der digitalen Welt nutzen und fördern (Stichwort
24 digitales Klassenzimmer etc.). Damit verbunden ist die Vernetzung der Lernräume verschie-
25 dener Bildungseinrichtungen (zum Beispiel: Universitäten mit Klassenräumen). Hierzu ist es
26 wichtig, dass auch gerade der ländliche Raum mit Datennetzen versorgt wird, die auf dem
27 Stand der Technik sind. Hier muss Sachsen-Anhalt die Rahmenbedingungen schaffen, damit
28 eine Zusammenarbeit zwischen Bildungs- und Forschungseinrichtungen und Wirtschaft ge-
29 stärkt werden kann und so die Bildung auch die nötigen Impulse und Innovationen erhält,
30 die sie zur besten Bildung macht.

31 Die FDP Sachsen-Anhalt macht sich zudem für eine Ausweitung der Begabtenförderung in
32 allen Fächern und für den Erhalt und Schaffung von außerschulischen Lernorten stark. Beide
33 Förderkonzepte stellen eine Erweiterung zu klassischen Bildungseinrichtungen dar und kön-
34 nen, durch die jeweilige Spezialisierung, Wissen, das über den Schulstoff hinausgeht, trans-
35 portieren.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35

Berufsbildung

Das Berufsbildungssystem (vor allem das Duale System) entwickelt Fachkräfte in vielen Bereichen, die ebenso eine hohe Anerkennung in der Gesellschaft genießen. Die Berufsbildung ist einer der Motoren der deutschen Wirtschaft. Jeder Auszubildende kann ein Meister werden und damit ein Leistungsträger unserer Gesellschaft. Das Duale System braucht hierbei keine neuen finanziellen Zuwendungen, aber mehr Freiheiten in der Durchführung der Ausbildungen, bei der Anwerbung von zukünftigen Fachkräften und Unterstützung in der Anerkennung. Die Stärkung der Berufsorientierung bis hin in die Gymnasien ist hierbei ein wichtiger Ansatz.

Weiterbildung

Die Weiterbildung als Teil des lebenslangen Lernens gewinnt immer weitere Bedeutung. Sie ist nicht zuletzt eine Grundvoraussetzung für soziale Teilhabe, gesellschaftliche Partizipation, Integration und Chancengerechtigkeit eines jeden Einzelnen.

Neue Arbeitsprozesse und sich immer wandelnde Anforderungen im Beruf machen die Weiterbildung zu einem essentiellen Teil des eigenen beruflichen Alltags. Ebenso bestimmt die Qualifikation und die Kompetenzen der Mitarbeiter maßgeblich auch den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen. Hier gilt: wer sich nicht weiterbildet bzw. wer nicht weiterbildet, verliert schnell den Anschluss. Daher muss es Ziel sein, die Weichen für eine gute und nachhaltige berufliche Weiterbildung zu stellen. Hierzu gehört zum einen das Gespräch mit Anbietern von Weiterbildungen (u.a. auch Hochschulen) zu suchen und einen Diskurs über die vorhandenen Formen beruflichen Weiterlernens zu starten und diese ggf. zu hinterfragen und neu auszurichten, aber ebenso den Aufklärungsbedarf bei Arbeitnehmern und Unternehmen im Bereich der Weiterbildung zu decken.

Hochschulbereich

Die Universitäten und Hochschulen unseres Landes müssen ihre Potentiale besser ausschöpfen können. Der Wissenschaftsrat hat eingeschätzt, dass die beiden Universitäten das Potential haben, zumindest in jedem Fachbereich einzelne Schwerpunkte entwickeln zu können, die national und sogar international wahrgenommen werden. Ebenso gibt es zahlreiche Ansatzpunkte für die Verbesserung der Lehre.

Das Land kann von den Hochschulen erwarten, dass sie die Empfehlungen zur qualitativen Verbesserungen aufnehmen und nutzen. Gleichzeitig können die Hochschulen vom Land eine angemessene Finanzierung der Grundstrukturen erwarten, die nach 10 Jahren neu jus-

1 tiert und an den geänderten Studierendenzahlen ausgerichtet werden müssen. Die Mittel,
2 die der Bund aus Hochschulpaktmitteln zur Verfügung gestellt hat, müssen genutzt werden,
3 um diesen Prozess zu gestalten. Wie zwischen den Schulformen gilt auch zwischen den
4 Hochschulen, dass eine Durchlässigkeit existieren muss, bis hin zur Promotion.

5

6 **Lehrerbildung**

7 Die Ausbildung der Lehrer stellt ein wichtiges Element der Bildungsinitiative dar. Lehrpläne
8 müssen an die zukünftigen Herausforderungen einer zunehmenden Digitalisierung des tägli-
9 chen Lebens schon heute angepasst werden. Dabei spielen auch Fragen eines bewussten
10 Umgangs mit seinen persönlichen Daten im Internet eine zentrale Rolle. Ebenso werden Leh-
11 rer viel mehr als bisher mit Fragen der Inklusion konfrontiert. Dies muss sich auch in der
12 Ausbildung der Lehrer widerspiegeln. Dies setzt neben einer attraktiven Vergütung bedarfs-
13 gerechte und kontinuierliche Fortbildungsmöglichkeiten voraus.

14 Nicht zuletzt muss das Land Sachsen-Anhalt auch seiner Verpflichtung nachkommen und in
15 Zukunft ausreichend Referendarstellen anbieten. Hier wurden zu lange Entwicklungen ver-
16 schlafen, so dass die Gefahr besteht, dass Sachsen-Anhalt den Lehrerbedarf zukünftig nicht
17 mehr qualifiziert abdecken kann. Diese Fehlentwicklung muss gestoppt werden.

18

19

20 **3. Wohlstand in Sicherheit genießen**

21 Wer den ganzen Tag lernt, arbeitet und sich um die Familie kümmert, der will seine Freizeit
22 und seinen verdienten Wohlstand entspannt genießen können. Die enormen Zuwachsraten
23 bei Haus- und Wohnungseinbrüchen, Autodiebstählen und Raub- und Drogendelikten er-
24 schwern dies in den letzten Jahren. Sie verletzen das Sicherheitsempfinden der Menschen
25 empfindlich. Unsere Landesregierung hat das Problem verschärft, indem sie Polizeidienst-
26 stellen geschlossen, die Anzahl der Polizisten reduziert und sich mit der Aufstellung einer
27 prestigeträchtigen Reiterstaffel vergaloppiert hat.

28

29 **Polizisten, die uns helfen**

30 **Sicherheit in allen Landesteilen** ist unser Ziel. Dafür brauchen wir Polizei vor Ort. Eine Poli-
31 ze, die ihre **Prioritäten klar auf die Verbrechensbekämpfung** legen kann. Gemeinsam mit

1 den Polizeigewerkschaften setzen wir Freie Demokraten auf **Verbrechensaufklärung statt**
2 **Blitzermarathon, Polizisten vor Ort statt Videoüberwachung** und die **Bekämpfung von Dro-**
3 **genbanden statt der Kriminalisierung von Cannabiskonsumenten.** Die **Erhöhung der Polizi-**
4 **tenanzahl, der Präsenz an Kriminalitätsschwerpunkten und der Kriminalbeamten** sind ge-
5 nauso unsere Mittel wie eine Ausstattung, die den Schutz und den effektiven Arbeitseinsatz
6 gewährleistet – von der Schutzweste über das Funkgerät bis zum modernen PC.

7

8

9 **Gerichte, die schnell handeln**

10 Rechtssicherheit hängt an einer zuverlässigen Justiz. Rechtssicherheit und das Vertrauen in
11 unseren Rechtsstaat hängen aber auch an einer Justiz, die **Verfahren schnell durchführen**
12 kann, damit das Urteil mit der Tat noch in einem zeitlichen Zusammenhang steht. Mit der
13 Justizreform hat die Regierung vielerorts funktionierende Strukturen zerschlagen. Die Sinn-
14 haftigkeit dieser Reform werden wir als Rechtsstaatspartei kritisch überprüfen und Fehler
15 korrigieren. Zur schnelleren Herstellung des Rechtsfriedens sehen wir die **Notwendigkeit**
16 **zusätzlicher Richter, Rechtspfleger und Justizvollzugsbeamte einzustellen.**

17 Die Liberalen bekennen sich zur Freiheit der Bürger, die in eigener Verantwortung ihr Leben
18 gestalten. Dabei beschränken sich die Aufgaben des Staates darauf, die Freiheitsrechte der
19 Bürger zu sichern. Das Recht der Bürger auf Sicherheit bedingt sich aus ihren Freiheitsrech-
20 ten. Folgerichtig tritt in der Abwägung die Sicherheit im Zweifel immer hinter die Freiheit
21 zurück. Die Verteidigung der Bürgerrechte gegen immer neue Eingriffe zum angeblichen
22 Schutz der Allgemeinheit bleibt unser Anliegen. Mangelnder Mut zu Freiheit und Verantwor-
23 tung führt zu staatlicher Vereinnahmung und Bevormundung. Jeder Eingriff in die Bürger-
24 rechte muss erforderlich, geeignet und angemessen sein. Denn nicht jede rechtstaatliche
25 Maßnahme ist angemessen und nicht jede machbare auch geeignet. Jeder Eingriff muss
26 später einer Evaluierung standhalten.

27 Für uns Liberale ist klar, der Staat muss seine Bürger schützen und der Staat muss die Frei-
28 heiten seiner Bürger schützen. In den vergangenen Jahren sind viele Versuche unternommen
29 worden, die Freiheit der Bürger und ihre Rechte einzuschränken. Zumeist wird argumentiert,
30 dies sei für die Sicherheit der Bürger und oder des Staates notwendig. Einige behaupten gar,
31 die Freiheitsrechte der Bürger müssen hinter den Sicherheitsinteressen des Staates zurück-
32 treten. Dem stellen wir Liberale uns entgegen. Für uns gilt: „Es gibt keine Freiheit ohne Si-
33 cherheit, aber auch keine Sicherheit ohne Freiheit“. Jede gesetzliche Regelung und jede
34 Maßnahme muss einen Gewinn an objektiver Sicherheit bringen und die Einschränkung der
35 Bürgerrechte muss verhältnismäßig sein.

1 Für Sachsen-Anhalt bedeutet dies, die bestehenden sicherheitsrechtlichen Regelungen fort-
2 laufend auf die Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit zu überprüfen. Neben den gesetzli-
3 chen Grundlagen sind auch eine ausreichende personelle Stärke und eine angemessene
4 Sachausstattung der Sicherheitsbehörden zu garantieren. Maßstab für Legitimität und Um-
5 fang staatlichen Handelns sind dabei die unabweisbar notwendigen Vorkehrungen zum
6 Schutz von Leib, Leben und Eigentum und damit der Freiheitsrechte der Bürger. Art und
7 Umfang dieser Vorkehrungen leiten sich ab aus den zu erwartenden wahrscheinlichsten
8 Bedrohungen für diese Güter.

9 Es bedarf neben soliden gesetzlicher Grundlagen auch einer ausreichenden personellen und
10 materiellen Ausstattung der mit den Aufgaben der Daseinsvorsorge und Landesverteidigung
11 betrauten Institutionen wie **Sicherheitsbehörden und Zivil- und Katastrophenschutzeinrich-**
12 **tungen** des Landes Sachsen-Anhalt. Insbesondere die Bundeswehr trägt in einem vernetzten
13 gesamtstaatlichen Ansatz mit ihren Fähigkeiten im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben zum
14 Schutz der Bürger und Bürgerinnen sowie von lebenswichtiger Infrastruktur im Inland bei.
15 Daher ist die Ausgestaltung der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit eine wichtige Vorausset-
16 zung für den optimalen Einsatz von Truppenteilen und Dienststellen der Bundeswehr zur
17 Unterstützung ziviler Behörden im Rahmen der Bewältigung von Naturkatastrophen und
18 besonders schweren Unglücksfällen nach dem Subsidiaritätsprinzip.

19 Die Privatsphäre der Menschen ist heute und in Zukunft unabdingbar für die Freiheit. Diese
20 Privatsphäre muss auch in der Informationsgesellschaft mit rasanter technischer Fortent-
21 wicklung durch den Staat garantiert werden.

22 Eine gut funktionierende und unabhängige **Justiz** stellt einen positiven Standortfaktor dar.
23 Bürgernähe und eine gute personelle sowie sachliche Ausstattung von Gerichten und Staats-
24 anwaltschaften stehen hierbei im Vordergrund.

25 Sachsen-Anhalt ist ein Flächenland mit höchst unterschiedlicher Einwohnerdichte. Dies stellt
26 den Staat bei der Erfüllung einer seiner Kernaufgaben, der Gewährleistung der Inneren Si-
27 cherheit, vor eine große Herausforderung. Neben den rechtlichen Grundlagen und Organisa-
28 tion kommt es besonders auf personelle wie sachliche Ausstattung der Polizei Sachsen-
29 Anhalt an. Auch wenn die sachliche Ausstattung der Polizei in den vergangenen Jahren, zu-
30 meist auf Initiative der FDP, sich kontinuierlich verbessert hat, gilt es diese auch in den
31 kommenden Jahren weiter zu verbessern.

32 CDU und SPD verfolgen seit Jahren einen Personalabbau ohne einhergehende Aufgabenkritik
33 und ohne Prüfung der langfristigen Auswirkungen. Den zunehmenden Personalmangel kann
34 auch die hohe Motivation der Beamten nicht mehr ausgleichen. Wir Liberale setzen uns da-
35 für ein, dass zukünftig die **Präsenz der Polizei auch in der Fläche** gewährleistet wird, dazu
36 hätten seit Jahren mehr Neueinstellungen erfolgen müssen. Ein weiteres Abwarten führt zu
37 einer Gefährdung der Inneren Sicherheit.

1 Die Aufgabe des Brandschutzes, die in Sachsen-Anhalt in der Fläche von den **Freiwilligen**
2 **Feuerwehren** erfüllt wird, stellt die Städte und Gemeinden bei zunehmendem Bevölkerungs-
3 rückgang und einer hohen Zahl von Arbeitsplätzen abseits des Wohnortes vor eine große
4 Herausforderung. Schon heute ist leider festzustellen, dass eine Vielzahl der Freiwilligen
5 Feuerwehren für sich betrachtet, nicht mehr rund um die Uhr einsatzfähig sind. Da das eh-
6 renamtliche Engagement der Kameraden gerade aus der hohen Verbundenheit zu ihrem
7 Umfeld herrührt, sind Zwangsfusionen eher kontraproduktiv. Gleiches gilt, wenn die rechtli-
8 chen und technischen Anforderungen aufgeweicht werden. Wir Liberale halten die freiwillige
9 Kooperation mehrerer Ortswehren, die sich zudem auch spezialisieren könnten, für Erfolg
10 versprechender. Zudem müssen auch von der Politik weitere Anstrengungen unternommen
11 werden, dass ehrenamtliche Engagement zu würdigen.

12

13

14

15 **4. Sachsen-Anhalt machen wir Bürger**

16 Über 2 Millionen Menschen leben in unserem schönen Land. Für uns ist jeder Einzelne ein
17 mündiger Bürger, den wir ernst nehmen. Ein Bürger, dessen individuelle Freiheit wir respek-
18 tieren und für die wir uns einsetzen. Als Freien Demokraten wollen wir jeden Bürger seinen
19 Weg gehen lassen. Wir wollen ihn nicht bevormunden, sondern unterstützen ihn in seinen
20 Zielen. **Wir ermutigen jeden, sich in die Gesellschaft einzubringen und sie aktiv mitzuge-**
21 **stalten.**

22 Eine freie und selbst bestimme Bürgergesellschaft lebt von der Eigenverantwortung und Ini-
23 tiative ihrer Bürger. Dadurch ist sie in der Lage, sich selbst zu tragen und ohne übertriebene
24 staatliche Einflussnahme zu existieren und Defizite bei der Wahrnehmung von Verantwor-
25 tung durch staatliche Stellen zu kompensieren.

26 Das **Ehrenamt** ist vielfältig. Alle Aktiven übernehmen freiwillig und unentgeltlich wichtige
27 Aufgaben in unserer Gesellschaft. Ihr Einsatz ist unverzichtbar und von hohem Wert für Ein-
28 zelne, Gruppen und für die Gesellschaft. Das Ehrenamt rekrutiert sich aus dem Potential von
29 Bürgern, die bereit sind, sich mit ihrer freiwilligen Leistung und ihren Kompetenzen einzu-
30 bringen. Gerade die Förderung und der Erhalt des politischen Ehrenamtes sind für die Ver-
31 ankerung der Demokratie im Bewusstsein der Bevölkerung unverzichtbar. Diese Kultur wol-
32 len wir schon in der Schule fördern.

33 Das Ziel von Liberalen ist die Schaffung von optimalen Rahmenbedingungen für die Aus-
34 übung der ehrenamtlichen Tätigkeiten sowie die Werbung für eine höhere gesellschaftliche

1 Akzeptanz des Ehrenamtes. Dies erhöht die Anreize zur Aufnahme einer ehrenamtlichen
2 Tätigkeit.

3 Zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements ist es nötig:

- 4 ▪ Ehrenamtlichen einen ausreichenden Versicherungsschutz zu bieten. Eine Anlehnung
5 an die Privilegien der Beamten ist anzustreben. Dadurch könnte eine Haftung nur bei
6 Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit geltend gemacht werden.
- 7 ▪ Verwaltungsvorschriften, Verwendungsnachweise und Antragsunterlagen weitestge-
8 hend zu vereinfachen und zu vereinheitlichen.
- 9 ▪ Ehrenamtlich Tätige fachspezifisch und auch fachübergreifend fortzubilden.
- 10 ▪ Kommunalstrukturen vorzuhalten, die die unverzichtbare Tätigkeit des Ehrenamtes
11 auch ermöglichen. Dies ist beispielsweise in Großkreisen nicht denkbar.
- 12 ▪ Unbare Leistungen als Eigenleistungen der Träger anzuerkennen.
- 13 ▪ Eine Haftungsbeschränkung ehrenamtlicher Vereinsvorstände sowohl in rechtlicher,
14 wie in finanzieller Hinsicht einzuführen.

15

16 Diese Mitgestaltung passiert vor allem am Wohnort – dem Lebensmittelpunkt der Men-
17 schen. Das Land hat sich vielfach auf Kosten der Kommunen, die den örtlichen Rahmen für
18 dieses Engagement bieten, saniert. Auch bei der Finanzausstattung der Kommunen trägt
19 Sachsen-Anhalt die rote Laterne. Der Wegfall von Anlaufpunkten für ehrenamtliches Enga-
20 gement war die Folge. Dies ist besonders im ländlichen Raum zu spüren. Diese **Überlastung**
21 **der Bürger und ihrer Kommunen werden wir stoppen.**

22 Die Kreise, Städte und Gemeinden des Landes Sachsen-Anhalt sind der Garant für Demokra-
23 tie, Vorsorge und Solidarität vor Ort. Neben Recht und Gesetz sind es vor allem die zwi-
24 schenmenschlichen Beziehungen des Alltags, die das Funktionieren dieser ältesten Form
25 staatlichen Handelns bedingen.

26 Theodor Heuss hat einmal gesagt „Die Gemeinden sind wichtiger als der Staat“. Die kommu-
27 nale Selbstverwaltung ist ein Gradmesser für Teilhabe der Bürger und somit letztlich für die
28 konkrete Ausgestaltung von Demokratie vor Ort. Deshalb steht die FDP für die Stärkung der
29 Städte, Gemeinden und Landkreise in Sachsen-Anhalt.

30

31 Verwaltungsstrukturen müssen effizient arbeiten. Hierbei bekennt sich die FDP zur Einheits-

1 gemeinde als grundsätzlich effizienteste Verwaltungseinheit. Ein ganz maßgeblicher Faktor
2 ist aber ebenfalls die Akzeptanz und die heimatliche Verbundenheit der Bürger mit ihren
3 Gemeinden. Deshalb haben wir flächendeckende Eingemeindungen per Zwang konsequent
4 abgelehnt. Die Entwicklung der vergangenen Legislatur zeigt, wie falsch die Entscheidung der
5 Regierung aus CDU und SPD war, die Kommunen zwangsweise zu fusionieren.

7 **Starke Kommunen brauchen ausreichende finanzielle Rahmenbedingungen**

8 Um zukünftigen Generationen notwendige Gestaltungsspielräume zu eröffnen, müssen ge-
9 rade die Kommunen ihre finanziellen Spielräume zurückgewinnen. Das setzt gesunde Finan-
10 zen voraus, will man es nicht nachfolgenden Generationen aufbürden, die hinterlassenen
11 Schuldenberge abzutragen.

12
13 Bund und Land sind gefordert, die finanzpolitischen Rahmenbedingungen für die Kommu-
14 nen zu verbessern. Dazu zählt eine umfassende Neuordnung des kommunalen Finanzie-
15 rungssystems. Die Kommunen brauchen eine solide, unbürokratische und konjunktur unab-
16 hängige Finanzgrundlage. Ziel ist nicht ein bloßes Mehr an Einnahmen, sondern eine trans-
17 parente Verteilung der Finanzmittel, die sich an den konkret zu erfüllenden Aufgaben bei
18 den verschiedenen Ebenen unseres Staates orientiert. Hierbei muss auch in einem ausrei-
19 chenden Maß die Sicherung der Finanzausstattung für die so genannten freiwilligen Aufga-
20 ben der Kommunen gegeben sein.

21
22 Basis liberaler Finanzpolitik ist ein offener Diskussionsprozess über den notwendigen Um-
23 fang und die Qualität der öffentlichen Aufgaben auf der kommunalen Ebene. Die Gemeinden
24 und Landkreise müssen sich darüber klar werden, welche Aufgaben sie zukünftig noch in
25 welcher Qualität wahrnehmen wollen und können.

27 **Wer eine Leistung anordnet, hat sie auch zu bezahlen.**

28 Gesetze, die Kommunen belasten, müssen einen vollständigen finanziellen Ausgleich vorse-
29 hen. Es ist deshalb auch unerlässlich, für das Verhältnis zwischen Bund, Ländern und Kom-
30 munen ebenfalls das Konnexitätsprinzip verfassungsrechtlich zu verankern.

31
32 Die FDP will auch auf kommunaler Ebene ein Bewusstsein für konsequente Schuldenbegren-

1 zung und Schuldenabbau durchsetzen.
2 Um zukünftig den Kommunen die Wahrnehmung ihrer Kernaufgaben im eigenen Wirkungs-
3 kreis zu ermöglichen, sollte eine Entstaatlichung der Gemeinden geprüft werden.
4 Inzwischen ist der Aufwand im übertragenen Wirkungskreis häufig größer, als die Zuweisun-
5 gen des Landes betragen, so dass den originären Funktionen das Geld entzogen wird. Außer-
6 dem unterminiert die Unzuständigkeit des gewählten Rates für einen Großteil der vor Ort
7 erledigten Aufgaben das Demokratieverständnis der Bürger.
8 Die Kommunalaufsicht muss wieder der Bedeutung ihrer Aufgabe entsprechend handeln.
9 Allzu oft mündete mangelnde Fachaufsicht oder falsch verstandene Überbetonung der
10 kommunalen Eigenständigkeit in Minder- oder Fehlerfüllung staatlicher Aufgaben. Hier be-
11 darf es eines Haftungstatbestandes der Aufsicht.

12
13

14 **Starke Kommunen brauchen Gestaltungsfreiheit**

15

16 Nach der Verringerung der Zahl der Landkreise und Gemeinden müssen diesen nun endlich
17 im Rahmen einer substantiellen Funktionalreform Aufgaben übertragen werden. Ihnen, wie
18 etwa im Bereich KiföG Aufgaben zu entziehen ist der falsche Weg. Die FDP setzt sich nach
19 wie vor für die Übertragung von Aufgaben ein, etwa der Schulaufsicht sowie der Unterhal-
20 tung der Landes- und Bundesstraßen auf die Landkreise.

21

22 Auch zwischen den Landkreisen und Gemeinden muss die derzeitige Aufgabenverteilung
23 überdacht werden. Im Rahmen einer so genannten „interkommunalen Funktionalre-
24 form“ muss geprüft werden, welche Aufgaben künftig von den Städten und Gemeinden in
25 Sachsen-Anhalt übernommen werden können.

26

27 Die FDP wird sich für eine Zusammenführung der gesetzlichen Regelungen, die die Kommu-
28 nen betreffen in einem Kommunalverfassungsgesetzbuch einsetzen, um zur Rechtsvereinfachung
29 beizutragen und die Rechtsanwendung zu erleichtern.

30

31

1 **Unsere Willkommenskultur heißt Grundgesetz**

2 Deutschland und Sachsen-Anhalt sehen sich einem Flüchtlingsstrom gegenüber, wie wir ihn
3 seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt haben. Aufgabe der Politik ist es nun **pragmatische Lö-**
4 **sungen** für diese Herausforderungen zu entwickeln.

5 Wir Freie Demokraten stehen zum **Recht auf Schutz und Asyl in der EU**. Gerade jetzt ist da-
6 bei der Schutz der Betroffenen wichtiger als langwierige Asylverfahren. Wer vor Krieg, Ver-
7 folgung und Gewalt flieht, hat ein Recht auf Zuflucht, solange ein friedliches und sicheres
8 Leben in seiner Heimat nicht möglich ist. Ein Recht darauf, das Zielland der Flucht frei zu
9 wählen, besteht hingegen nicht.

10 Als Rechtsstaatspartei setzen wir auf eine **geordnete Verteilung der Lasten** innerhalb der 28
11 Mitgliedsstaaten der EU. Staaten, die sich dieser europäischen Solidargemeinschaft entzie-
12 hen, müssen sanktioniert werden.

13 Die **Verfahren zur Anerkennung** wollen wir **straffen**. **Personen aus Bürgerkriegsländern** ist
14 für die Dauer des Krieges **generell und ohne Einzelfallprüfung Schutz zu gewähren**. Im Ge-
15 genzug wollen wir die **Liste der sicheren Herkunftsländer verantwortungsvoll erweitern**
16 und den großen Anteil der Wirtschaftsflüchtlinge durch **zeitnahe und konsequente Rückfüh-**
17 **rung** minimieren. Gerade in der jetzigen angespannten Situation haben wir weder das Ver-
18 ständnis noch die Kapazitäten, unberechtigte Asylbewerber zu versorgen, die nach Deutsch-
19 land nur wegen des berechtigten Wunsches auf ein besseres Leben kommen. Für diese Men-
20 schen brauchen wir ein **Einwanderungsgesetz**, welches sich an den deutschen wirtschaftli-
21 chen Interessen orientiert.

22 Den anerkannten Flüchtlingen wollen wir die **Integration in die deutsche Gesellschafts- und**
23 **Werteordnung** durch intensive Sprachkurse - und Integrationskurse zu den **Werten des**
24 **deutschen Grundgesetzes**, wie etwa der Gleichberechtigung der Geschlechter, der Mei-
25 nungs- und Pressefreiheit, der Gewaltenteilung und der Trennung von Religion und Staat,
26 erleichtern. Die deutsche Sprache und die Anerkennung unserer Werteordnung sind die
27 Schlüssel zur Integration.

28 Sachsen-Anhalt wurde in diesem Jahr von einem Zustrom von Flüchtlingen überrascht, der
29 die vorgehaltenen Kapazitäten überfordert. Unabhängig davon, ob die Landesregierung
30 schneller hätte reagieren müssen, haben jetzt die menschenwürdige Unterbringung und

1 elementare Hilfen, wie Nahrung, Kleidung und medizinische Versorgung Priorität. Die provi-
2 sorischen Zeltstädte in den Erstaufnahmen müssen durch feste Unterkünfte ersetzt sein.

3 Perspektivisch stellen die Freien Demokraten an die Regierungen in Bund und Land folgende
4 Forderungen:

- 6 1) Der Stau bei den Asylanträgen muss beseitigt und die Verfahren beschleunigt wer-
7 den. Dazu brauchen wir mehr Mitarbeiter im Bundesamt für Migration und Flüchtlin-
8 ge. Dafür müssen geeignete Mitarbeiter aus allen Bundesbehörden abgeordnet wer-
9 den. Der Bund muss seine Priorität klar festlegen. Statt tausende Bundesbedienstete
10 mit der Kontrolle der bürokratischen Mindestlohnvorschriften zu beschäftigen, muss
11 eine verantwortungsvolle Politik sie dort einsetzen, wo sie dringend benötigt werden.
12 Auch die Länder können dem Bund – etwa auf dem Weg der Abordnung – kurzfristig
13 Personal zur Verfügung stellen.
- 14 2) Generell dürfen neue Verfahren nicht länger als drei Monate dauern. Flüchtlinge
15 müssen möglichst schnell aus den Erstaufnahmestellen in die Kommunen ziehen
16 können. Dadurch kann auch die Integration vor Ort früher beginnen und den verfolg-
17 ten Menschen ein Stück Lebensnormalität bringen. Um diese Situation zu bewältigen,
18 sind alle Stellen der öffentlichen Hand aber auch die Zivilgesellschaft gefordert.
- 19 3) Die Verfahren zur Anerkennung wollen wir straffen. Personen aus Bürgerkriegslän-
20 dern ist für die Dauer des Krieges generell und ohne Einzelfallprüfung Schutz zu ge-
21 wahren.
- 22 4) Dagegen sind andere Länder – etwa vom Westbalkan – zu sicheren Herkunftsländern
23 zu erklären. Hier bestehen in der Regel keine Fluchtgründe wegen Bedrohung von
24 Leib und Leben. Diese Menschen verlassen ihre Heimat, um sich bei uns ein besseres
25 Leben für ihre Familien aufzubauen. Das ist verständlich, darf aber nicht die Asylver-
26 fahren von Verfolgten und Flüchtlingen belasten. Deshalb sollten wir Ihnen bereits in
27 ihren Heimatländern andere Möglichkeiten eröffnen, zu uns zu kommen, sofern sie
28 auf unserem Arbeitsmarkt gebraucht werden. Informations- und Bewerbungszentren
29 in den Herkunftsländern können erste Anlaufstellen sein. Diese können Arbeitsvisa
30 für Fachkräfte ausstellen. Wer bei uns Arbeit findet, Steuern und Sozialabgaben zahlt,
31 ist uns mit seiner Familie willkommen. **Dafür fordern wir ein Einwanderungsgesetz.**
- 32 5) Wer keinen Asylgrund und auch keinen Arbeits- oder Ausbildungsplatz hat, muss
33 umgehend in sein Heimatland zurückkehren, notfalls per Abschiebung. Auch diese
34 Verfahren dürfen nicht länger als drei Monate dauern, damit sich Integrationsbemü-
35 hungen auf diejenigen konzentrieren, die bei uns bleiben.

36 Bis dies umgesetzt ist, muss gelten:

- 1 6) Der beste Weg zu einer gelungenen Integration führt über die Sprache. Daher bedarf
2 es – ganz gleich ob Asyl oder Arbeitsplatz gesucht werden – zuerst der Feststellung
3 der Sprachkenntnisse und sofort nach Feststellung des Aufenthaltstitels, des Angebo-
4 tes von Sprach- und Integrationskursen. Die Teilnahme sollte für den Antragsteller
5 kostenlos, aber verpflichtend sein. Sie müssen flächendeckend in ausreichender An-
6 zahl angeboten werden; es darf nicht sein, dass die Integrationschancen eines Men-
7 schen davon abhängen, in welcher Region man ihm eine Unterkunft zugewiesen hat.
8 Gerade Kindern mit Sprachdefiziten müssen wir helfen: Ihnen muss die Teilnahme an
9 Sprach- und Integrationskursen so früh wie möglich nach Ankunft in Deutschland er-
10 möglicht werden. Ist der Aufenthaltstitel noch unklar, sollen die bestehenden Ehren-
11 amtsprojekte im Bereich des Sprachunterrichtes bereits an die deutsche Sprache und
12 Kultur heranzuführen.
- 13 7) Wer seinen Lebensunterhalt selbst bestreiten kann, gewinnt Selbstvertrauen und ist
14 auf dem besten Weg, in die Gesellschaft integriert zu werden. Wir müssen deshalb
15 dafür sorgen, dass auch Asylbewerber ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten dür-
16 fen, wenn sie es können. Standardisierte Qualifikationsabfragen schon in den Auf-
17 nahmestellen können ein erster Schritt sein, um die individuellen Fähigkeiten frühzei-
18 tig festzustellen. Sind die beruflichen Fähigkeiten der Flüchtlinge bekannt, kann man
19 Menschen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit bei uns bleiben werden, gezielt vermit-
20 teln. Dafür ist eine enge Zusammenarbeit zwischen der Erstaufnahme und den Ar-
21beitsverwaltungen in den Landkreisen erforderlich. Wenn möglich sollte bei der Zu-
22 weisung zu einem Landkreis auf potentielle Arbeitgeber Rücksicht genommen wer-
23 den.
- 24 8) Wir müssen junge Flüchtlinge ermutigen, eine Ausbildung zu absolvieren, um ihnen
25 eine Zukunft zu eröffnen. Das sind wir ihnen schuldig und auch unserem Land, denn
26 sie werden die Fachkräfte von morgen sein, die Deutschland dringend benötigt. Die
27 meisten von ihnen sind hoch motiviert. Da, wo aufgrund der Flucht kein Nachweis
28 über Vorqualifikation vorhanden ist, lässt sich dies testen. Um die Ausbildungszeit er-
29 folgreich bestehen zu können, brauchen die Menschen Sicherheit – in jeder Hinsicht.
30 Deshalb dürfen sie während der Ausbildung und der folgenden 18 Monate nicht von
31 Abschiebung bedroht sein. Betreuung und Schulbesuch müssen – auch durch die In-
32 anspruchnahme von BAföG – bis zum 25. Lebensjahr möglich sein. Dann muss nie-
33 mand mehr, nur weil er volljährig wird, seine Schulausbildung abbrechen. Dies gilt in-
34 nerhalb dieses Zeitraums auch für den Besuch einer Hochschule.
- 35 9) Für Sprache und Ausbildungsstand gilt: die jeweiligen Vorkenntnisse müssen in der
36 Erstaufnahme festgestellt werden. Dies würde das Bundesamt für Migration und
37 Flüchtlinge derzeit überfordern. Deshalb sind Hochschulen, Kammern und Arbeits-
38 verwaltung gefordert, den Bund bei dieser Aufgabe zu unterstützen. Ebenso muss
39 gelten, dass die kommunalen Behörden, in deren Bereich die Asylsuchenden ziehen,

1 hinreichend informiert werden, um zeitnah miteinander entsprechende Maßnahmen
2 zu vereinbaren.

3 Zudem fordern die Freien Demokraten:

4 10) Die Landesregierung muss einen zentralen Flüchtlingskoordinator einsetzen. Ange-
5 sichts der enormen Herausforderungen für unser Land, die der weitere Anstieg der
6 Asylbewerberzahlen mit sich bringen wird, sind eine bestmögliche Verzahnung und
7 eine zentrale Bündelung sämtlicher staatlicher Zuständigkeiten und Hilfsmaßnahmen
8 unerlässlich. Aus diesem Grund fordern wir die Einrichtung einer Stelle eines Koordi-
9 nators, der sich in den kommenden Jahren ausschließlich mit der Flüchtlingsthematik
10 befasst und als zentraler Ansprechpartner für alle Beteiligten auf den verschiedenen
11 staatlichen und zivilgesellschaftlichen Ebenen fungiert. Denn alleine durch ein isolier-
12 tes Nebeneinander und dem ständigen Verweis auf die Zuständigkeit des Bundes
13 werden wir dieses aktuelle Problem nicht bewältigen können.

14 11) Mehr Transparenz und Information für die aufnehmenden Kommunen. Um die Auf-
15 nahme der Flüchtlinge in den Kommunen zu erleichtern, ist eine umfassendere In-
16 formation erforderlich. Mandatsträger, ehrenamtliche Helfer aber auch die Gesamt-
17 heit der Einwohner müssen besser informiert werden als dies bislang der Fall ist. In
18 der Asylpolitik wie in allen Politikbereichen gilt, dass nur eine Politik von der Akzep-
19 tanz einer breiten Bevölkerung getragen wird, die auf Fairness setzt. Nur wenn auch
20 für die deutsche Bevölkerung erkennbar ist, dass Asyl nur denen gewährt wird, die
21 wirklich Hilfe brauchen und aus anderen Regionen nur Menschen zuziehen können,
22 die hier Arbeit finden, werden Übergriffe wie in Tröglitz auf breite Ablehnung stoßen.
23 Solchen Aktionen muss mit gesellschaftlicher Ablehnung und auch mit den Instru-
24 menten des Rechtsstaates begegnet werden.

25 12) Gesundheitsversorgung unbürokratisch organisieren. Momentan muss noch jeder
26 Arztbesuch genehmigt werden. Das überfordert nicht nur die zuständigen Sozialbe-
27 hörden, sondern degradiert die Flüchtlinge im Gesundheitsbereich zu Menschen
28 zweiter Klasse. Mit einer Krankenkarte sollen die Flüchtlinge unkomplizierteren Zu-
29 gang zu einer medizinischen Grundversorgung erhalten. Dazu muss der Bund den
30 Ländern zügig erlauben, Rahmenverträge mit den Krankenkassen zu schließen.

31 13) Die staatliche Ebene, die über die Aufnahme der Antragsteller entscheidet, soll auch
32 die Kosten während des Verfahrens tragen. Der Bund muss künftig vollständig die fi-
33 nanziellen Leistungen für Asylbewerber übernehmen. Damit sind gleichzeitig die
34 Kommunen nicht mehr Leidtragende von überlangen Asylverfahren, deren Beschleu-
35 nigung sie selbst nicht in der Hand haben.

36

37

1 **Kulturland Sachsen-Anhalt**

2 Unsere Kultur lebt nicht nur in unserer stolzen Vergangenheit. Auch heute machen die Kul-
3 turschaffenden im Land den Bürgern viel Freude. Wir haben in den letzten Jahren zusammen
4 mit den Theaterintendanten im Land **gegen die Kulturkürzungen der Regierung** gekämpft.
5 Wir haben Unterschriften für die Volksinitiative „Kulturland Sachsen-Anhalt“ gesammelt und
6 unser Anliegen im Landtag vorgetragen. Auch in Verantwortung werden wir diesen Weg
7 fortsetzen und für ein **breites kulturelles Angebot** in allen Landesteilen kämpfen. Besonders
8 wichtig sind uns dabei auch **Veranstaltungsformate, die auf die Bürger zugehen**, die Hem-
9 mungen haben ein Theater oder eine Musikschule zu besuchen. Formate, die den Stammsitz
10 der Einrichtung verlassen und da hingehen, wo die Menschen sind, halten wir für dringend
11 ausbaufähig.

12 Kunst und Kultur sind eine unverzichtbare Quelle von Identität und Kreativität. Sie vermitteln
13 wichtige Impulse für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Kultur und Demo-
14 kratie sind aufs Engste miteinander verknüpft – beide brauchen den freien und mündigen
15 Bürger.

16 Auf dem Territorium Sachsen-Anhalts steht die Wiege der deutschen Kultur. Entlang der
17 „Himmelswege“ und der „Straße der Romanik“ begegnen uns kulturgeschichtliche Höhe-
18 punkte in reicher Zahl. Aber auch viele andere Orte verfügen über historische Stadt- und
19 Dorfkerne mit wertvollen Baudenkmalen, die wichtige Ankerpunkte lokaler Identitäten dar-
20 stellen. Diese Stätten des Wirkens unserer Vorfahren geben den nachfolgenden Generatio-
21 nen Orientierung und bestimmen unser Umfeld. Zugleich leisten sie einen unverzichtbaren
22 Beitrag zur touristischen Attraktivität unseres Landes. Denkmalschutz und Denkmalpflege
23 müssen daher von ihrem Image als Investitionsbremse und Kostenverursacher befreit und in
24 ihrer Rolle als Kulturstifter und Ideenreservoir noch stärker gewürdigt werden.

25 Der Bewahrung und Pflege des reichen kulturellen Erbes unseres Landes fühlen sich die Libe-
26 ralen in besonderem Maße verpflichtet. Zugleich verfügt Sachsen-Anhalt auch im aktuellen
27 Kunstschaffen über beachtliche Potentiale, die es gezielt zu fördern und weiterzuentwickeln
28 gilt.

29 Da Hochkultur nicht kostendeckend angeboten werden kann, bedarf es der Unterstützung
30 durch das Land und die Kommunen. Theater und Orchester gehören für Liberale zur Grund-
31 versorgung. Es darf keine Konzentration auf die drei Oberzentren geben. Dort allerdings
32 muss sich hohe Qualität finden. Zu einer breiten Kulturlandschaft gehören auch die vielen
33 Kultur- und Kulturfördervereine. Soziokultur ist entsprechend ihres Ursprungs staatsfern und
34 lokal initiiert. Eine Unterstützung sollte durch Bereitstellung von Gebäuden, aber nicht durch
35 direkte finanzielle Zuwendungen, die Abhängigkeiten schaffen, gegeben werden.

1 Mit der Hochschule Burg Giebichenstein besteht eine wichtige Ausbildungsstätte für bilden-
2 de Künstler in Sachsen-Anhalt, deren weitere fachliche Profilierung positiv begleitet wird.
3 Bildenden Künstlern wird durch Galerien und Unterstützung von Marketingaktionen Förde-
4 rung zuteil. Ebenso verdient die Hochschule für Kirchenmusik eine verlässliche dauerhafte
5 Finanzierung, etwa durch eine Stiftung.

6 Die kulturelle Bildung ist aus liberaler Sicht eine wichtige Investition in die Zukunft. Mit der
7 Vermittlung kultureller Werte und künstlerischer Fähigkeiten werden Kinder und Jugendliche
8 zu eigenständigem und verantwortungsbewusstem Handeln befähigt. Aus- und Weiterbil-
9 dungsangebote im Bereich der bildenden und der darstellenden Künste, Musik- und Ballett-
10 schulen sowie die klassischen Volkshochschulkurse vermitteln in vielfältiger Form Wissen
11 und Kreativität, das die Menschen zum aktiven Teilnehmen an der freiheitlichen Bürgerge-
12 sellschaft befähigt. Für Liberale ist dabei die Wahrung der Chancengerechtigkeit zwischen
13 privaten und öffentlichen Einrichtungen wichtig, um aus der Konkurrenzsituation heraus
14 bestmögliche Ergebnisse zu erreichen.

15 Die Entdeckung der Kulturwirtschaft durch die Politik als fruchtbringende Chimäre von Kultur
16 und Geschäft eröffnet neue Möglichkeiten. Insbesondere die Wirtschaftsförderung sollte
17 den Kunstschaaffenden als Selbständigen gleichbehandeln, wobei sich das Kultusministerium
18 vom Bild des von staatlichen Zuschüssen abhängigen Künstlers trennen muss. Für Künstler,
19 Galeristen, Kunst- oder Musiklehrer soll es einfache Steuerregeln geben, die insbesondere
20 vielfach lange Vorbereitungsphasen und aperiodische Einnahmen berücksichtigen. Zur Be-
21 reitstellung einer bezahlbaren Sozialversicherung für Künstler muss die Künstlersozialkasse
22 in ihrer Struktur erhalten bleiben.

23 Bei aller Anerkennung der wichtigen Rolle der Verwertungsgemeinschaften müssen Verfah-
24 ren gefunden werden, die eine Verwertung von Gedankengut zulässt, ohne Unwissende zu
25 kriminalisieren oder aktiven Künstlern mehr Büroarbeit als künstlerische Betätigung zumu-
26 tet.

27 In der Gestaltung des Deutsch-Unterrichts muss stärker junge Literatur aus dem Land Be-
28 rücksichtigung finden, um die Interessen der Schüler besser anzusprechen und neuen Auto-
29 ren eine Empfehlung zu geben. Mittels Wettbewerbs-Preisen und kleinen Jahresstipendien
30 können junge Autoren bei der Marktetablierung unterstützt werden. Bislang unterschätzt ist
31 die Rolle der Verlage bei der Prägung des Buchangebots.

32 Entsprechend der Aussage des Kulturrates zählt für Liberale auch die Branche der Computer-
33 spielentwicklung zur Kultur. In der Verknüpfung von exzellentem Kunstschaaffen und großem
34 wirtschaftlichen Erfolg ergeben sich für Künstler der „electronic art“ umfangreiche Beschäf-
35 tigungspotentiale, die nicht durch übertriebene, unkalkulierbare Indizierung in ihrer Markt-
36 entwicklung behindert werden dürfen. Die Ausbildung zum „Games-Designer“ sollte auch an
37 sachsen-anhaltischen Hochschulen möglich sein, um den Nachwuchs für die Industrie bereit-
38 zustellen.

1 Leider gehören die Funk- und Fernsehmedien kaum noch zum Kulturbereich, wenn man von
2 ihrer tatsächlichen Qualität, nicht von ihrem Anspruch ausgeht. Liberale bekennen sich zum
3 dualen Rundfunksystem in Deutschland. Um der Kultur einen angemessenen Raum zu sichern,
4 muss die Politik bei den gebührenfinanzierten Anstalten die Aufgabe der Grundversorgung
5 der Bevölkerung durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk betonen. Gleichzeitig ist kom-
6 merziellen Radio- und Fernsehanbietern der Weg in die Fläche zu ebnen. Die FDP bekennt
7 sich zur Abschaffung der GEZ und zur Umstellung der Rundfunkgebühren auf ein nutzungs-
8 abhängiges System. Die Arbeit der Landesmedienanstalten ist künftig im mitteldeutschen
9 Raum länderübergreifend zu organisieren.

10 Die Bürgermedien – offene Kanäle und nicht nichtkommerzielle Lokalradios – bieten den
11 Bürgern auf der Grundlage der entsprechenden Gesetzlichkeiten die kostenfreie Möglich-
12 keit, selbstbestimmt und eigenverantwortlich Beiträge in freier Meinungsäußerung zu ge-
13 stalten. Sie sind Orte lokaler Kommunikation, geben Impulse für soziale und kulturelle Aktivi-
14 täten und fördern die Integration. Daher ist die Arbeit der Bürgermedien unverzichtbar und
15 bedarf der weiteren Förderung.

16 Liberale treten für Pluralität in Glaubens- und Weltanschauungsfragen ein, erwarten von
17 allen Bürgerinnen und Bürgern eine Bejahung von Grundgesetz und Landesverfassung sowie
18 gegenseitigen Respekt. Der schmale Grat zwischen Ausschöpfung eigener persönlicher Mei-
19 nungsäußerung und Beeinträchtigung anderer Anschauungen muss gesucht werden. Dass
20 religiöse Unterschiede in der Debatte um die Integration von Zuwanderern verwendet wer-
21 den, bleibt eine besondere Gefahr. Toleranz zeigt sich meistens im Umgang mit Minderhei-
22 ten. Sie darf nur eingefordert werden, wenn sie zugleich gewährt wird. Die Reformationsde-
23 kade bis zum Reformationsjubiläum 2017 muss als Chance begriffen werden, unser Land mit
24 seiner reichen kulturellen Tradition nach außen zu präsentieren, zugleich nach innen Zeichen
25 für Toleranz und Weltoffenheit zu setzen.

26

27 **Sport frei**

28 Wir Sachsen-Anhalter lieben Sport. Er bringt Menschen mit den verschiedensten sozialen
29 und kulturellen Hintergründen zusammen, hilft Vorurteile abzubauen und mit dem Gegen-
30 über zum Miteinander zu kommen. Diese wichtige Funktion für die Gesellschaft ist unbe-
31 zahlbar. Den **Breitensport** wollen wir daher genauso wie den in unserer Heimat sehr erfolg-
32 reichen Leistungssport weiter **fördern**. Dafür ist es uns wichtig, dass **Trainingszeiten** in den
33 **Sportstätten bezahlbar bleiben**. Hierbei wollen wir Freie Demokraten die Kommunen unter-
34 stützen.

35 Der **Landessportbund** ist im organisierten Sport der zentrale **Ansprechpartner der Politik**.
36 Nur mit ihm zusammen werden wir über den Sportstättenbau und die Vergabe von Förder-

1 mitteln entscheiden. Gerade für die über 300 000 ehrenamtlich organisierten Sportler im
2 Land ist es uns wichtig, dass die **Mittelvergabe zielgenau und unbürokratisch** erfolgt.

3 Der Sport nimmt in der heutigen Gesellschaft einen zunehmend wichtigeren Platz ein. Neben
4 der Förderung des Mannschaftsgeistes und der Leistungsbereitschaft kommt dem Sport als
5 Prävention gegen Krankheiten, sowie gesellschaftspolitische Aufgaben, wie die Integration
6 etwa von Kindern mit Migrationshintergrund eine besondere Bedeutung zu.

7 Die Gesellschaft unterstützt den Sport aus drei Überlegungen heraus:

- 8 ▪ den Kinder- und Jugendsport zur Schaffung einer gesunden Lebenshaltung
- 9 ▪ den Breitensport zur sinnvollen Freizeitgestaltung und Prophylaxe
- 10 ▪ den Leistungssport zur Talentförderung und Vorbildfunktion.

11 Natürlich liegt Sport zunächst im Interesse jedes Einzelnen und wird vielfach auch nicht auf-
12 grund gesundheitlicher Überlegungen sondern aufgrund des Unterhaltungs- und Freizeitwertes
13 betrieben.

14 Wesentliches Element der staatlichen Förderung ist deshalb die Bereitstellung preiswerter
15 Sportstätten. Land und Kommunen sorgen im Rahmen der Pflichtaufgabe Sport für eine Inf-
16 rastruktur, die der Demografie und den regionalen Erfordernissen entspricht. Schulstandorte
17 sind mit einer Mindestausstattung von Freianlagen und Sporthallen zu versehen. Für Sport-
18 arten, die als Leistungssport besonders gefördert werden, ist im Land mindestens je eine
19 Anlage zur Austragung von überregionalen Wettkämpfen vorzuhalten.

20 Neben dem Angebot an Sportanlagen ist es für das Land von Interesse, ein enges Netz an
21 Trainern und Übungsleitern, Vereinen und kommerziellen Sportangeboten sicherzustellen,
22 um eine möglichst breite Bevölkerung anzusprechen. Vereins- und Schul-, sowie Hochschul-
23 sport müssen sich sinnvoll ergänzen.

24 Die Förderschwerpunkte werden von Land und Landessportverbänden einvernehmlich fest-
25 gelegt, mit der direkten Verteilung der Finanzmittel wird der Landessportbund beauftragt.
26 Dabei bekennen sich die Liberalen ausdrücklich auch zur Förderung des Leistungssports und
27 damit zu den Olympiastützpunkten und den Sportschulen in Sachsen-Anhalt als Einrichtung
28 zu Förderung junger Leistungssportler.

29 Das bestehende System der Gemeinnützigkeit ist zu reformieren. Beiträge und Zuwendun-
30 gen an Sportvereine sind vom Einkommen/Betriebsergebnis voll abzugsfähig. Alle Vereine
31 unterliegen den normalen Steuergesetzen. Da Steuerzahlungen nur im Falle des Gewinns
32 entstehen, kann von einer Unschädlichkeit für die klassischen Kleinvereine ausgegangen
33 werden. Vergütungen an Helfer, Übungsleiter und Vereinsvorstände sind einer Pauschalver-
34 steuerung ohne Sozialabgabepflicht zu unterwerfen.

35

1 **Bürger ernsthaft beteiligen**

2 Wenn wir Freie Demokraten von Bürgerbeteiligung reden, dann meinen wir mehr als Kaffee-
3 kränzchen. Politik soll bei den Bürgern keine „Maulschau“ betreiben. Politik muss die Bürger
4 entscheiden lassen, denn in der Demokratie sind sie der Souverän. Wir wollen, dass die **Bür-**
5 **ger Entscheidungen** darüber, wie wir zusammen leben, **stärker selbst treffen können**. Dies
6 gilt für alle Altersgruppen, Jugendliche wie Senioren, Männer und Frauen. Dabei ist es Auf-
7 gabe von Politik, Formate anzubieten, die Menschen entsprechend ihrer Präferenzen und
8 Fähigkeiten die Möglichkeit gibt, sich einzumischen.

9 Dafür wollen wir die **Hürden bei Unterschriften und Zustimmungsquoren in der Direkten**
10 **Demokratie, also** bei Bürger- und Volksbegehren und –entscheiden, **deutlich senken** und –
11 etwa bei Bauprojekten – auch ungewöhnliche **Beteiligungskonzepte** von der Einwohnervers-
12 sammlung über die E-Partizipation bis zum Fokusgruppengespräch **erproben**. Wichtig ist uns,
13 dass die Interessen aller Betroffenen einer Entscheidung frühzeitig und ernsthaft berücksich-
14 tigt werden.

15

16 **Familiär und chancengerecht**

17 Der Liberalismus setzt sich für die größtmögliche Freiheit des einzelnen Menschen in jeder
18 gegebenen Situation ein. Die Erhaltung und Entfaltung der Individualität persönlichen Da-
19 seins und der Pluralität menschlichen Zusammenlebens ist eines der Kernziele liberaler Poli-
20 tik. Wobei alle Menschen unseres Landes gleichwertige Chancen zur Entfaltung ihrer Fähig-
21 keiten haben müssen.

22 Die gegenwärtige Bilanz des Sozialstaats fällt, gemessen an unserem Ideal, negativ aus. Er ist
23 ein konservativer Wohlfahrtsstaat, der die Sicherung eines einmal erreichten Lebensstan-
24 dards verspricht. Er kann aber keine Sicherheit mehr vermitteln, da seine Systeme aufgrund
25 des demografischen Wandels nicht mehr zukunftsfest sind. Steigende Gesundheitskosten,
26 steigende Rentenbeiträge bei in Zukunft niedrigeren Rentenzahlungen, eine hohe Sockelar-
27 beitslosigkeit sind bereits heute spürbare Auswirkungen. Der Sozialstaat hat die Menschen
28 vielfach fürsorglich vernachlässigt, indem er Bedürftige zu Almosenempfängern degradiert,
29 ihnen aber Anreize und Möglichkeiten, sich mit eigener Leistung um eine Verbesserung ihrer
30 Lebenssituation zu bemühen, vorenthalten hat.

31 Vielen Personen bleibt eine individuelle Lebensgestaltung vorenthalten, da sie durch staatli-
32 che Stellen oder Renten-, Gesundheits- oder Sozialhilfeträgern in oft guter Absicht entmün-
33 digt werden. Eine kaum überschaubare Vielzahl von Maßnahmen, Programmen und Forde-
34 rungen an eine anonyme Sozialbürokratie fördert zudem eine Einstellung, die davon aus-
35 geht, dass gegenüber dem Staat in allen Lebenslagen Ansprüche bestehen. Gleichzeitig sorgt

1 die Vielzahl von Kostenträgern für einen bürokratischen Dschungel, in dem sich die Bürger in
2 zunehmendem Maße verlieren. Selbstbestimmung und Chancengerechtigkeit als Grundzüge
3 einer liberalen Gesellschaft geraten in Gefahr, gefährdet nicht durch einen repressiven Staat,
4 sondern durch die Hilfen eines vermeintlich fürsorglichen Staates. Er untergräbt kontinuierlich
5 die Eigenverantwortung, aber auch die Mitmenschlichkeit, weil die Erfahrung füreinander
6 der Verantwortung zu tragen, immer seltener wird. Er gefährdet bürgerschaftliches Engage-
7 ment, weil sich der Helfende als überflüssig und anachronistisch vorkommt und weil indivi-
8 duelle Solidaritätsgesten vom System nur zu oft als störend betrachtet werden. Der real existierende
9 Sozialstaat ist nicht Garant der Freiheit, sondern eine Gefahr der Freiheit. Dies gilt
10 in nahezu allen Bereichen der Sozialpolitik.

11 Staat und Gesellschaft sind wir alle und Staat und Gesellschaft dürfen nicht alles. Deshalb
12 setzen Liberale auf den mündigen Bürger und erachten staatliches Handeln nur dort als er-
13 forderlich, wo eigene Leistungsfähigkeit oder bürgerschaftliches und zwischenmenschliches
14 Engagement nicht ausreichen. In unserer Gesellschaft spielt die Familie nach wie vor eine
15 zentrale Rolle, wobei jede auf Dauer angelegte Gemeinschaft als Familie betrachtet wird, in
16 der, generationsübergreifend, Verantwortung füreinander übernommen wird. Die Zahl der
17 Menschen in unserem Land, die ganz praktisch Verantwortung für die nächste Generation
18 übernehmen, nimmt aber stetig ab, die geringen Geburtenzahlen sind zunehmend zur Ge-
19 fahr für unsere sozialen Sicherungssysteme geworden, die auf eine generations-
20 übergreifende Finanzierung setzen.

21 Aber: Kein Mensch bekommt Kinder für den Staat. Die Entscheidung für oder gegen Kinder
22 fällen Menschen nach sehr individuellen Mustern, die aber ganz offensichtlich zwei großen
23 Trends unterliegen: Der Selbsteinschätzung über die eigenen Zukunftsperspektiven und der
24 Annahme über die Auswirkung von Kindern auf die eigene Lebensgestaltung. In Sachsen-
25 Anhalt wollen und müssen Männer und Frauen erwerbstätig sein. Daher spielt die wirt-
26 schaftliche Entwicklung in unserem Land eine dominierende Rolle bei der Entscheidung jun-
27 ger Menschen für oder gegen Kinder. Da zumindest die Entscheidung für das erste Kind nicht
28 geprägt sein kann von eigenen Erfahrungen, welche Bereicherung Kinder für das Leben ihrer
29 Eltern sind, wird die Entscheidung für oder gegen ein Kind eben ganz wesentlich von eher
30 ökonomischen Kriterien beeinflusst. Das bedeutet, dass die Öffentliche Hand auch in Zukunft
31 Rahmenbedingungen sicherstellen muss, die eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf ge-
32 währleisten.

33 Um zu vermeiden, dass staatliche Hilfe Eigenverantwortung schwächt und junge Menschen
34 an die staatliche Abhängigkeit gewöhnt werden, muss der Staat vor allem optimale Rah-
35 menbedingungen, wie eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung und eine gute schu-
36 lische Bildung sichern. Darüber hinausgehende staatliche Maßnahmen dürfen nur in den
37 Fällen greifen, in denen junge Menschen tatsächlich nicht ohne flankierende Maßnahmen
38 auskommen.

39 **JUGEnd-**

1 **Gesund bleiben & selbstbestimmt leben**

2 Für Liberale ist es wichtig, dass alle Menschen an der Gesellschaft teilhaben können und Ei-
3 genverantwortung übernehmen. Das können sie aber nur, wenn sie gesundheitlich dazu in
4 der Lage sind. Die größte Herausforderung für die gesundheitliche Versorgung in unserem
5 Land in den nächsten Jahren ist dabei die demografische Entwicklung, wobei die FDP bereits
6 ein Finanzierungskonzept vorgestellt hat.

7 Unser Ziel ist eine Versorgung ohne Wartelisten und ein schneller unbürokratischer Zugang
8 zum Arzt und Krankenhaus. Wir unterstützen Maßnahmen, die

- 9 ▪ die Beschäftigung und Ansiedlung junger Ärztinnen und Ärzte fördern,
- 10 ▪ die Einrichtung von regionalen integrativen Versorgungszentren weiter voranbringen,
- 11 ▪ die es ermöglichen Präventionsprogramme systematisch einzusetzen und
- 12 ▪ die den Angehörigen von Menschen mit Demenzerkrankungen die Betreuung erleich-
13 tern.

14 „Ambulant vor stationär“ und „persönliches Budget“ sind zwei Schlagworte der Sozialpolitik.
15 Dabei muss es das Ziel sein, allen Menschen individuell abgestimmte Hilfen anzubieten, die
16 eine möglichst umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Sowohl im
17 Bereich des Nachteilsausgleichs aufgrund von körperlichen, seelischen oder geistigen Behin-
18 derungen als auch im Bereich der Altenpflege muss gelten, dass den Bürgern unseres Landes
19 ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht wird. Für alle Menschen ist der Tod ein unausweich-
20 licher Teil des Lebens. Die Liberalen setzen sich dafür ein, es allen mündigen Bürgern zu er-
21 möglichen, ihr Lebensende in Würde selbst zu bestimmen.

22 Die demografische Entwicklung zwingt uns noch stärker als bisher, alle Fähigkeiten der Men-
23 schen in unserem Land optimal zu fördern. Defizite müssen möglichst früh festgestellt wer-
24 den. Um sicherzustellen, dass Kinderärzte die Möglichkeit haben, Beeinträchtigungen bei der
25 Entwicklung des Kindes festzustellen und Maßnahmen zu empfehlen, sollte die Teilnahme an
26 allen Vorsorgeuntersuchungen möglichst 100 Prozent betragen. Dies ist über eine stärkere
27 Aufklärung der Eltern oder aktive Terminerinnerungen der Arztpraxen und entsprechende
28 Empfehlungen der Kassen zu erreichen. Aufsuchende Maßnahmen dürfen nur in den Fällen
29 erfolgen, in denen konkrete Hinweise zur Vernachlässigung oder Missbrauch vorliegen.
30 Wenn sich dieser Verdacht bestätigt, sind alle erforderlichen staatlichen Maßnahmen einzu-
31 leiten. Eltern unter einen Generalverdacht zu stellen, ist nicht akzeptabel.

33 **Aktiv älter werden**

34 Den Kern liberaler Seniorenpolitik bildet die persönliche Freiheit und Selbst-Bestimmung
35 auch im Alter. Diese Forderung ist ein Aufruf zu mehr Selbst-Wertgefühl, zur Bewahrung von
36 Selbstständigkeit, zu einem Selbst-Bewusstsein, das sich mit Verantwortungsbewusstsein für

1 andere verbindet. Selbstbestimmung im Alter setzt Mitbestimmung voraus, im Sinne von
2 Mitwirkungsmöglichkeiten in Gesellschaft und Politik.

3 Die Integration von seniorenpolitischen Themen in alle liberalen Programme hat eine wichti-
4 ge Funktion für die Zielgruppe der älteren Wähler. So ist der Bereich Wirtschaft und Ar-
5 beitsmarkt verbunden mit dem Thema Arbeitsplätze für ältere Arbeitnehmer. Der Bereich
6 Verkehrspolitik und Mobilität umfasst zwingend auch die Mobilität älterer Menschen, die
7 deren Lebensqualität maßgeblich bestimmt. Eine ausreichende finanzielle Ausstattung der
8 Kommunen ist Voraussetzung für Investitionen im Hinblick auf das Leben und Wohnen im
9 Alter, die auch kommenden Generationen zu Gute kommen wird.

10 Wir wollen das Bewusstsein stärken, dass ohne die aktive Mitwirkung der älteren Generation
11 die anstehenden Aufgaben nicht bewältigt werden können. Die verantwortliche Mitarbeit
12 der älteren Generation an den gesellschaftlichen Entwicklungen steht für uns im Vorder-
13 grund. Sie setzt aber eine substantielle politische Teilnahme voraus, allerdings muss die Initi-
14 ative maßgeblich von den Älteren selbst ausgehen. Seniorenpolitik wird in unserer Gesell-
15 schaft noch immer mit Vorbehalten betrachtet, obwohl sie nicht nur der wachsenden Grup-
16 pe der Älteren und Alten dient. Die Erkenntnis, dass Alter kein Endpunkt, vielmehr altern ein
17 lebenslanger Prozess ist, führt heute zu einer differenzierenden Unterscheidung zwischen
18 den so genannten Jungen Alten, den Älteren und den Hochbetagten. Neben steigender Le-
19 benserwartung und sinkender Geburtenzahl stehen dabei die längere Leistungsfähigkeit äl-
20 terer Menschen auf der einen Seite, die spezifischen Kompetenzen, die man durch lange
21 Lebenserfahrung erwirbt, auf der anderen Seite im Vordergrund.

22 **Sie wollen so bleiben wie Sie sind? Sie dürfen!**

23 Ob Sie lieber Steak oder Tofu essen, ob Sie Männer oder Frauen lieben, ob Sie Bahn, Auto
24 oder Fernbus fahren, ob Sie sich unter den Heizpilz setzen oder nicht: Das sollten Sie selbst
25 entscheiden! **Es ist Ihr Leben.** Wir machen den Weg frei. Die Zeiten, in denen Erwachsenen
26 vorgeschrieben wurde, was „das richtige Leben“ ist, sollen vorbei sein. **Wir sind Freie Demo-**
27 **krate. Wir akzeptieren Sie so, wie Sie sind.**

28 Sie sind neugierig geworden?

29

1 Wenn Sie gerne mehr darüber wissen wollen, wofür wir stehen und wie wir Sachsen-Anhalt
2 vom Tabellenletzten zum Meistertitel führen wollen, rufen Sie uns einfach an oder schreiben
3 Sie uns eine Nachricht:

4	FDP Sachsen-Anhalt	Tel. 0391/561 92 88
5	W.-Rathenau-Str. 33b	Fax: 0391/543 13 61
6	39106 Magdeburg	sachsen-anhalt@fdp.de

7

8

9 **Sachsen-Anhalt hat viele Potenziale.**

10

Machen wir was draus!

V.i.S.d.P | FDP Landesverband Sachsen-Anhalt
Landesgeschäftsführer Andreas Schnurpel
Walther-Rathenau-Str. 33 b | 39106 Magdeburg
Tel.: 0391 – 5 61 92 88 | Fax: 0391 – 5 43 13 61
Email: info@fdp-tsa.de

**Freie
Demokraten**
FDP